

VERTRAUEN IN DEUTSCHLAND.

Das Wahlmanifest der SPD.

4. Juli 2005

Die Entscheidung

Deutschland soll entscheiden.

Ein starkes Land braucht Selbstvertrauen. Und gute Politik braucht das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger. Um unser Land in eine gute Zukunft zu führen, müssen Blockaden aufgebrochen und lähmender Streit überwunden werden.

Jetzt und nicht erst in einem Jahr soll die notwendige Richtungsentscheidung getroffen werden.

Mit Gerhard Schröder als Bundeskanzler wollen wir Antwort geben auf die Herausforderungen dieser Zeit und Voraussetzungen schaffen für eine gute Zukunft – für Arbeit, Sicherheit, Menschlichkeit.

Deshalb wollen wir Neuwahlen zum Deutschen Bundestag noch in diesem Herbst.

Wir wissen, dass politisches Handeln in dieser Zeit den Bürgerinnen und Bürgern nicht alle Sorgen nehmen und nicht alle Wünsche erfüllen kann. Und wir wissen auch, dass es keine einfachen und schnellen Lösungen geben kann.

Doch wir sind sicher, dass wir gemeinsam große Ziele erreichen können. Ziele die sich lohnen:

- Wir wollen eine starke Wirtschaft, deren Erträge fair verteilt werden, die Grundlage ist für den Wohlstand aller.
- Wir streiten für einen starken und sozialen Staat, der seinen Menschen höchstmögliche Sicherheit gibt.
- Wir erstreben eine menschliche Gesellschaft, die sich der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität verpflichtet fühlt.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben mit Gerhard Schröder als Bundeskanzler die Grundlagen für eine gute Zukunft geschaffen. Unser Weg ist klar. Wir wollen ihn weitergehen, getragen vom Mandat der Wählerinnen und Wähler.

Wir haben Vertrauen in Deutschland.

Das Erreichte: Erneuerung und Zusammenhalt

Wir haben 1998 die Regierungsverantwortung übernommen, um Deutschland gerecht und nachhaltig zu erneuern. Der Wechsel war bitter nötig, denn mit jedem Jahr der Regierung von Bundeskanzler Helmut Kohl wuchsen die Probleme. Am Ende der 90er Jahre war unser Land wie gelähmt.

Das schwarz-gelbe Erbe von Helmut Kohl

Helmut Kohl und seine Regierung aus CDU/CSU und FDP haben 1998 ein schweres Erbe hinterlassen; Angela Merkel war mit dabei:

- Es waren CDU/CSU/FDP, die uns die höchste Steuer- und Abgabenbelastung für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen sowie Unternehmen in Höhe von 41,7 % hinterlassen haben. Die Lohnnebenkosten stiegen von 35,5 % auf 42,0 %.
- Es waren CDU/CSU/FDP, die allein von 1991 bis 1998 die Bundesschulden um 395 Mrd. Euro erhöhten (von 1999 bis 2005 waren es noch 138 Mrd. Euro).
- Es waren CDU/CSU/FDP, die ein soziales Sicherungssystem der Illusionen und eine Arbeitsmarktpolitik ohne Perspektive zu verantworten hatten, die den Herausforderungen der Globalisierung und dem demografischen Wandel nicht mehr gewachsen waren.
- Es waren CDU/CSU/FDP, die den Aufbau der Neuen Länder falsch finanzierten – nämlich erheblich über die Sozialsysteme – und die leichtfertig „blühende Landschaften“ versprachen.
- Es waren CDU/CSU/FDP, die deutsche Interessen in Europa schlecht vertraten.
- Es waren CDU/CSU/FDP, deren stockkonservative Familienpolitik gescheitert war, die vom Bundesverfassungsgericht als sozial ungerecht kritisiert wurde.

Helmut Kohls Sprüche von der geistig-moralischen Erneuerung, mit denen er 1982 seine Kanzlerschaft begann, haben sich als hohl erwiesen und als arrogant.

Helmut Kohls selbstgerechter illegaler Umgang mit öffentlichem Geld und Parteifinzen hat sich in der Flickaffäre, im Parteispenskandal 1999/2000 und in Bestechungsskandalen gezeigt und bleibt ein schwarzer Fleck in der deutschen Demokratie.

Weder er noch seine Nachfolgerin sind bereit, den Rechtsfrieden wieder herzustellen.

Vieles ist erreicht, vieles ist auf gutem Weg, manches fehlt noch

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben in der rot-grünen Koalition in den sieben Jahren seit 1998 Deutschland wieder vorangebracht. Wir haben Stillstand überwunden. Wir haben mit Entschlossenheit und Durchsetzungskraft gehandelt,

auch gegen Widerstände. Wir haben das Land erneuert und wir haben es zusammengehalten.

Die Agenda 2010 ist das wichtigste Reformprojekt seit langem. Es ist die richtige politische Antwort auf globales Wirtschaften und das Älterwerden unserer Gesellschaft. Manche Reformerfolge sind schon da, vieles fängt an zu wirken, manches muss noch begonnen werden. Wir wissen: Es gibt noch große Probleme. Das schwerwiegendste und schmerzlichste Problem ist das der Arbeitslosigkeit.

Wir sind stolz auf das Erreichte. Wir sind aber noch nicht am Ziel. Weitere Anstrengungen sind notwendig.

Deutschland kann gewiss sein: Der Wandel ist sinnvoll und gibt neue Sicherheit. Die Agenda 2010 wirkt. Wir setzen sie konsequent um und entwickeln sie weiter.

Die Wirtschaft ist wieder wettbewerbsfähig

Unsere Politik hat den Standort Deutschland und die deutsche Wirtschaft wieder wettbewerbsfähig gemacht. Auch wenn manche absichtsvoll schwarz malen: Deutschland ist stark. Kein Land der Welt exportiert mehr als wir. Staatsquote und Lohnnebenkosten sinken. Nie waren die Steuersätze in Deutschland niedriger als heute.

Forschung und Entwicklung prioritär

Wir haben die Ausgaben für Bildung und Forschung um 37,5% gesteigert. Bei den Ausgaben für Forschung und Entwicklung liegt Deutschland heute mit 2,5% des Bruttoinlandsprodukt in der Spitzengruppe der großen Industrieländer.

Steuersätze sind stärker gesunken

Steuerpolitik ist immer kompliziert. Unsere folgt klaren Grundsätzen und bringt für alle greifbare Ergebnisse. Unternehmen werden entlastet, soweit es für ihre Wettbewerbsfähigkeit sein muss. Wir haben die Gering- und Durchschnittsverdiener stark entlastet. Die soziale Balance wird immer gewahrt. Deshalb wurde auch der Eingangsteuersatz um 11 Punkte gesenkt auf jetzt 15 Prozent. Das steuerfreie Existenzminimum haben wir auf 7.664 Euro erhöht. Die mehrstufige Steuerreform ist das größte Steuersenkungsprogramm der deutschen Nachkriegsgeschichte.

Arbeitsmarktreformen greifen

Unsere Arbeitsmarktpolitik beginnt zu wirken. Neue Wege aus der Arbeitslosigkeit sind durch „Ich-AGs“ und „Minijobs“ eröffnet worden. Der Umbau der Bundesagentur für Arbeit zu einem leistungsfähigen Arbeitsvermittler ist im Gange.

Der Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit hat begonnen. Alle Erwerbsfähigen sind jetzt sozial versichert und in der Arbeitsvermittlung. Besonders die Jungen haben bessere

Chancen am Arbeitsmarkt. Die Jugendarbeitslosigkeit sinkt. Der Ausbildungspakt funktioniert aber noch nicht überall. Die Arbeitgeber sind in der Pflicht, ihn zu erfüllen.

Deutschland ist zusammengewachsen

Noch sind Schwierigkeiten zu überwinden. Aber die Erfolge in den Neuen Ländern mehren sich, und mit ihnen wächst der Mut.

Deutschlands Osten gehört inzwischen zu den innovationsstärksten Regionen Europas. Unternehmensneugründungen nehmen zu. Mikroelektronik, Automobilindustrie, Maschinenbau, Chemieindustrie und Schiffbau sind dynamische Wachstumskerne. Die ostdeutsche Industrie wuchs 2004 um 8,8 Prozent.

Der Solidarpakt II trägt unsere Handschrift. Bis 2019 fließen 156 Milliarden in die neuen Länder. Mit der Union hätte statt Aufbau Ost der Abbau Ost seinen Lauf genommen.

Gute Bildung für alle

Es gibt deutliche Fortschritte in der Bildungspolitik. Die BAföG-Mittel wurden fast verdoppelt. Die Zahl der Studienanfängerinnen und der Studienanfänger eines Jahrgangs ist von 27,7 auf 37,5 Prozent gestiegen.

In 3.000 neuen Ganztagschulen können Kinder mit Erfolg lernen. Der Bund stellt 4 Mrd. Euro bis 2008 für 10.000 neue Ganztagschulen zur Verfügung.

Mehr Hilfen für alle Formen von Familie

Keine Regierung zuvor hat Familien so massiv unterstützt wie die von Gerhard Schröder. Nicht mehr nur 40,2 Milliarden wie 1998, sondern fast 60 Milliarden Euro jährlich kommen den Familien jetzt zu gute. Auch von unserer Steuerreform profitieren sie erheblich. Ein Ehepaar mit 2 Kindern zahlt bis zu 37.650 Euro Bruttoeinkommen überhaupt keine Steuern mehr, wenn man das erhöhte Kindergeld berücksichtigt – ein Einkommensplus von fast 3.000 Euro pro Jahr.

Damit Kinder besser und früher gefördert werden können, unterstützen wir den Ausbau von Krippenplätzen.

Energieversorgung nachhaltig gesichert

In der Energiepolitik wurde ein grundlegender Wandel hin zu mehr Effizienz und Klimaschutz vollzogen. Der Atomausstieg wurde vereinbart, eine ökologische Steuerreform durchgesetzt und die Erneuerbaren Energien wurden stärker gefördert. Ihr Anteil hat sich seit 1998 verfünffacht. 200.000 Arbeitsplätze sind dadurch neu entstanden. Deutschland ist zum Vorbild geworden.

Der neu eingeführte Emissionshandel vermindert die Emissionen entsprechend dem Kyoto-Abkommen.

Kultur ist Lebensmittel

Wir haben Kulturpolitik aktiv gestaltet.

So haben wir ein bürgerfreundliches Stiftungsrecht, ein umfassendes Gedenkstättenkonzept, eine Neuordnung und Verbesserung der Filmförderung sowie ein nationales Gesetz zur Buchpreisbindung durchgesetzt.

Leuchttürme im Bereich von Kulturgütern, insbesondere in Ostdeutschland haben wir besonders gefördert. Die neu geschaffene Bundeskulturstiftung unterstützt darüber hinaus den neuen Weg der Zweibahnstraße in der auswärtigen Kulturpolitik.

Wir haben aktiv Kulturpolitik gestaltet und dafür das Amt der Beauftragten für Kultur und Medien beim Bundeskanzler eingerichtet.

Offene Gesellschaft

Deutschland hat endlich ein modernes Zuwanderungsrecht, das der gebotenen Humanität und dem Bedarf an qualifizierten Fachkräften Rechnung trägt. Die Zuwanderung nach Deutschland sinkt.

Der Staat mischt sich nicht mehr ein in die private Lebensgestaltung der Menschen und unterbindet die Diskriminierung von Minderheiten. Nichteheliche Kinder und gleichgeschlechtliche Partnerschaften haben heute weitgehend gleiche Rechte und Pflichten wie eheliche Kinder bzw. Ehepaare.

Die Gesundheitsreform wirkt

Die Gesundheitsreform hat die Eigenverantwortung gestärkt, die Versorgung aller gesichert und verbessert und das Solidarprinzip gewahrt. Überschüsse von 4 Milliarden Euro allein in 2004 haben sinkende Beitragssätze und damit sinkende Lohnnebenkosten ermöglicht. Der nächste große Schritt wird die Einführung einer gerechten Bürgerversicherung sein.

Alterssicherung

Mit den Rentenreformen wurde erstmals eine staatlich bezuschusste kapitalgedeckte Altersversorgung eingeführt, die sogenannte Riester-Rente. Ein neuer Nachhaltigkeitsfaktor sorgt jetzt für gerechte Beiträge aller Generationen. Die unzeitgemäßen Anreize zu möglichst früher Verrentung wurden abgebaut. Diese Reformen halten die Rentenbeiträge stabil.

Friede und Freiheit

Wir setzen uns ein für Frieden und Freiheit. Das ist unsere Überzeugung und unsere historische Verpflichtung. Die Regierung von Bundeskanzler Gerhard Schröder hat die Prävention von Kriegen und Konflikten in ihrer Außen- und Entwicklungspolitik in

den Mittelpunkt gestellt. Sie hat aber auch mit Soldaten der Bundeswehr dazu beigetragen, in vielen Regionen der Welt Frieden zu sichern oder wiederherzustellen.

Deutschland hat sich nicht am Krieg im Irak beteiligt – aus guten Gründen. Mit einer Kanzlerin Angela Merkel und CDU/CSU stünden deutsche Truppen jetzt in Bagdad – mit allen Konsequenzen.

Die 7 Jahre zeigen:

Deutschland ist mit der Sozialen Demokratie auf der Höhe der Zeit und auf der Gewinnerstraße.

Bundeskanzler Gerhard Schröder führt das Land sicher in eine gute Zukunft.

Die Richtung

Die Richtung sozialdemokratischer Politik ist klar. Und für diese Politik kämpfen wir. Denn sie ist gut für die Menschen und für das Land.

Bewahren, was wir für die Zukunft brauchen

Deutschland steht im Kampf um seine Zukunft. Wir werden diesen Kampf gewinnen, wenn wir uns auf unsere Stärken besinnen und zu Neuem bereit sind. Dabei gilt: Alles Neue hat nur dann Erfolg und Bestand, wenn es in Bewährtem gründet. Wir erneuern unser Land, aber wir wollen kein anderes Land.

Soziale Gerechtigkeit macht stark

Deutschland ist stark geworden durch die Kraft seiner Menschen. Diese Kraft entsprang der Gewissheit, dass gemeinsam erreichter Wohlstand auch gerecht verteilt wird. Dass es Chancengleichheit gibt und Gerechtigkeit zwischen den Generationen. Soziale Gerechtigkeit muss bleiben. Wir wollen nicht ohne sie leben.

Nur Soziale Marktwirtschaft schafft Wachstum und Arbeit

Auch in Zukunft muss Deutschland seine Wirtschaftsordnung als soziale Marktwirtschaft gestalten. Soziale Marktwirtschaft steht für das bewährte Zusammenspiel von starker Wirtschaft, starken Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und funktionsfähigem Sozialstaat.

Wir wollen eine erfolgreiche Wirtschaft und tun viel für ihre Wettbewerbsfähigkeit. Das soll auch so bleiben, bei Industrie und Handwerk, bei Produktions- und Dienstleistung. Und das gilt auch für Wissenschaft und Forschung.

Dabei sind wirtschaftliche Prosperität und soziale Gerechtigkeit keine Gegensätze. Soziale Marktwirtschaft ist konkurrenzfähig – auch international. Marktwirtschaften brauchen Spielregeln und Leitplanken, damit sie auch sozial sind. Ihr Kern muss die Sozialpartnerschaft von Unternehmen, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sein. Beide Seiten müssen ihre Interessen bündeln und in freien Verhandlungen erstreiten können. Wir wollen dabei starke, durchsetzungsfähige Gewerkschaften.

Die unternehmerische Mitbestimmung sichert den Beschäftigten Teilhabe an wichtigen Entscheidungen ihres Betriebes. Sie bindet die Belegschaft in Strukturentscheidungen des Unternehmens ein und leistet einen Beitrag zum sozialen Frieden. Die Mitbestimmung und die Arbeitnehmerrechte allgemein sind zentrale Faktoren für Teilhabe und Innovation. Wir wollen Mitbestimmung und Tarifautonomie gesetzlich verankert erhalten.

Solidarität macht sicher

Wir stehen vor Veränderungen, in denen große Möglichkeiten liegen. Aber es gibt auch Risiken, die nicht jede und jeder für sich tragen kann. Wer Angst haben muss

um seine Existenz, vor Armut im Alter oder schlechter Versorgung bei Krankheit, der lebt in Unsicherheit. Aber der Mensch braucht Sicherheit, um in Würde zu leben.

Wir wissen: Es ist immer der Mensch, der dem Menschen Schutz und Hilfe gibt. Etwas Besseres gibt es nicht. Aus dieser Gewissheit wächst Solidarität. Auch die organisierte Solidarität der großen sozialen Sicherungssysteme: Die Gemeinschaft steht für Schwächere ein – auf Gegenseitigkeit. In Zeiten des Wandels brauchen wir nicht weniger, sondern mehr Solidarität.

Wir wollen die Freiheit der Vielen

Wir wollen gemeinsam unser Schicksal in die Hand nehmen. Dazu müssen wir bereit, aber auch fähig sein. Nur wer seine Persönlichkeit frei entfalten und seine Begabungen ausschöpfen kann, wird sein eigenes Leben selbst bestimmen und am politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Leben mitwirken können. Für uns ist Freiheit immer die Freiheit der Vielen, nicht der Egoismus Einzelner. Es ist die Freiheit, die durch soziale Gerechtigkeit ermöglicht wird und die in Solidarität mündet.

Wir bewahren den Sozialstaat

Die Sicherung des sozialen Ausgleichs ist und bleibt eine Hauptaufgabe des Sozialstaats. Wir wollen einen Staat, der das Gemeinwohl über die Einzelinteressen stellt und es durchsetzen kann. Einen Staat, der sich nur einmischt, wenn es nötig ist, der fordert und fördert und der das Prinzip der Subsidiarität beachtet. Einen aktivierenden Staat. Einen Staat, der den Menschen hilft, ein eigenständiges Leben zu führen. Einen starken und solidarischen Staat, der für die Menschen da ist, wenn sie Hilfe brauchen. Denn ohne einen solchen Staat gibt es ein selbst bestimmtes Leben nur für die wenigen besonders Starken.

Dabei wissen wir: Menschen sind unterschiedlich, in ihrer Leistungsfähigkeit und ihrer Leistungswilligkeit. Aber der Druck der Anpassung darf nicht vor allem auf den Schwächsten lasten. Wer stark ist, muss auch einen größeren Beitrag leisten, um dem Land zu dienen.

Wir wollen den Primat der Politik

Wir akzeptieren nicht, dass „Geld die Welt regiert“. Auch nicht im Zeitalter des globalen Kapitalismus. Wir reklamieren den Primat der Politik und halten fest am Ziel, der sozialen Dimension des Wirtschaftens auch auf internationaler Ebene stärkere Geltung zu verschaffen. Dazu ist ein wirtschaftlich starkes und sozial gerechtes Europa unverzichtbar. Die Idee des Sozialmodells Europa – das vor allem festmacht am Sozialstaat – ist zukunftsfähig und auch exportfähig. Die soziale Marktwirtschaft, die unserem Land wirtschaftliche Stärke und soziale Stabilität gebracht hat, ist ein Modell für globales Wirtschaften.

Nur Weltoffenheit schafft Frieden und neue Märkte

Deutschland ist eine starke Friedensmacht und muss es bleiben. Wir wollen Konflikte durch Verständigung, zivile Krisenprävention und das Angebot der Integration vermeiden. Wir sichern und schaffen Frieden im Rahmen des Völkerrechts, auch mit militärischen Mitteln, wo es nötig ist und die Humanität es gebietet. Wir sagen Nein, wenn wir von der Legitimation und dem Sinn eines kriegerischen Vorgehens nicht überzeugt sind. Aktive Friedenspolitik ist die Lehre aus der deutschen Geschichte.

Deutschlands Ansehen und Einfluss in der Welt sind in den letzten Jahren erheblich gewachsen. Wir wollen unsere selbstbewusste Außenpolitik fortsetzen. Dabei lassen wir uns nicht in falsche Gegensätze treiben. Entschiedenes Eintreten für Frieden, Demokratie und Menschenrechte steht dem Aufbau neuer Wirtschaftsbeziehungen nicht entgegen. Nur Länder, denen wir wirtschaftliche Perspektiven geben, werden sich für Demokratie und Menschenrechte öffnen. Jedes neue Land der Europäischen Union muss vor dem Beitritt die innere Demokratisierung vollziehen.

Lebendige Demokratie und offene Gesellschaft

Wir wollen eine lebendige Demokratie und eine aktive Bürgergesellschaft. Eigenverantwortung und ehrenamtliches Engagement fordern wir und fördern wir. Die Selbstorganisation und Interessenvertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in freien Gewerkschaften ist ein Teil der demokratischen Bürgergesellschaft.

Bürgerschaftliches Engagement ist unverzichtbar für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Wir setzen auf die Vielfalt des Engagements in Vereinen, Wohlfahrtsverbänden, Kirchen, Selbsthilfegruppen, Freiwilligendiensten, Netzwerken und anderen Organisationen in Ehrenämtern und unterstützen es nachhaltig.

Die Kirchen haben eine wichtige Aufgabe für ihre Mitglieder und für die Wertorientierung und das Zusammenleben in der Gesellschaft insgesamt.

Wir wollen starke und finanzkräftige Kommunen; dort entscheidet sich Lebensqualität, da ist die Basis von Demokratie.

Es muss klar sein, wer Verantwortung trägt im Staate. Taktische Blockaden und Lähmungen zwischen Bundestag und Bundesrat müssen ein Ende haben. Wir werden einen neuen Anlauf unternehmen zur Reform der Bundesstaatlichen Ordnung. Föderalismus ist gut, aber er braucht Klarheit in der Verantwortung und Klarheit in der Kooperation zwischen Bund und Ländern. Auch das ist Bedingung für sozialen Fortschritt, dass Demokratie sich zeitgemäß organisiert.

Wir brauchen mehr direkte Demokratie und damit den Volksentscheid.

Neuer Fortschritt ist möglich

Wir brauchen eine solidarische Gemeinschaftsanstrengung für mehr Innovationen, damit unser Land nicht hinter seinen Möglichkeiten zurückbleibt. Deutschland hat mit einer hervorragenden Infrastruktur, einer leistungsstarken Wirtschaft, einer innovativen Wissenschaft und erstklassig ausgebildeten Arbeitnehmern alle Voraussetzungen für eine gute Zukunft.

In der Wissensgesellschaft werden Industrie, Dienstleistungen und Wissenschaft eng miteinander verzahnt. Arbeit gewinnt wieder stärker an Bedeutung. Als Partei des technischen Fortschritts setzen wir unseren Schwerpunkt auf Bildung, Forschung und Wissenschaft. Diesen Weg der Innovationen haben wir mit dem Regierungswechsel begonnen und die Mittel für Bildung und Forschung stark gesteigert, nachdem sie unter Kohl gekürzt wurden.

In den letzten zwei Jahrzehnten waren die Informationstechnologien der Motor für wirtschaftliches Wachstum. Wir wollen sie in Verbindung mit der Nano- und Opto-Technik sowie der Bio- und Gentechnologie nutzen, um bei der ökologischen Modernisierung unsere weltweite Vorreiterrolle auszubauen. Der effiziente und sparsame Umgang mit Energie und Rohstoffen sowie solare Technologien werden angesichts knapper und teurer Rohstoffe weltweit gebraucht. Sie begründen eine lange Welle von Wachstum und Innovationen, denn hier liegen wichtige Zukunftsmärkte. Deshalb wollen wir ein Bündnis für Arbeit und Umwelt.

Mitbestimmung und Teilhabe, lebensbegleitendes Lernen, Berechenbarkeit und Verantwortungsbewusstsein, Flexibilität und Teamfähigkeit sind wichtige Stärken der sozialen Marktwirtschaft. Diese Stärken sind für eine innovative und leistungsstarke Wirtschaft, die sich in der Globalisierung behaupten kann, ausschlaggebend.

Die Sackgasse(n)

Unsere Politik der Sozialen Demokratie steht im harten politischen Wettbewerb mit zwei Varianten des politischen Irrwegs - der sozialen Kälte und der populistischen Illusion.

Der Irrglaube an die entfesselten Märkte

CDU/CSU und FDP wollen eine "grundlegend andere" Politik. Diese andere Politik würde Deutschland zu einem anderen Land machen, in dem nach 60 Jahren Sozialer Marktwirtschaft soziale Standards und Arbeitnehmerrechte nicht mehr als Bedingung, sondern als Belastung für erfolgreiches Wirtschaften gelten.

CDU/CSU und FDP wollen die globale Wirtschaft nicht politisch gestalten, sondern sich ihr unterwerfen. Sie wollen bewährte Regeln aufgeben, ohne neue zu schaffen. Sie glauben, wenn die Kräfte des Marktes nur ungehindert walten, kommen Wachstum, Arbeit und Wohlstand von allein. Ihre Gleichung ist falsch: Mehr Ungerechtigkeit plus mehr Unsicherheit führt nicht zu mehr Wohlstand für alle.

Die Entsolidarisierung von Staat und Gesellschaft

CDU/CSU und FDP wollen das Solidarprinzip in der Gesundheitsversorgung durch eine für alle gleich hohe Kopfpauschale ersetzen. Auch das höchste Gut des Menschen, seine Gesundheit, soll den Gesetzen des Marktes ausgeliefert werden.

Unter dem Etikett der Vereinfachung soll das Steuersystem zum Vorteil Weniger und zum Nachteil der Vielen verändert werden. Verbraucherinnen und Verbraucher sollen mehr, Spitzenverdienerinnen und Spitzenverdiener noch weniger Steuern zahlen.

CDU und CSU wollen die kulturelle Erneuerung unseres Landes rückgängig machen. Sie haben ein vernünftiges Einwanderungsgesetz blockiert und zögern beim Ausbau einer besseren Kinderbetreuung.

Die Zerstörung der Nachhaltigkeit

CDU und CSU wollen den ökologischen Rückschritt. Sie wollen die Erfolge der Energiewende zunichte machen, ziehen eine unbegrenzte Nutzung der Atomenergie in Betracht und kündigen sogar den Neubau von Atomkraftwerken an.

Ausgrenzung in der Außenpolitik – und Gefolgschaft in der Außenpolitik

CDU und CSU wollen eine andere Außenpolitik. Sie wollen die eigenständige, friedliche und selbstbewusste Rolle Deutschlands wieder aufgeben. Sie wollen Ländern den Eintritt in die EU versperren, denen die Perspektive einer Mitgliedschaft als wichtiger Antrieb für ihre innere Demokratisierung und Modernisierung dient – und die vertraglich verbindliche Zusagen haben für den Beitritt oder für ergebnisoffene Verhandlungen.

Die Demagogen

Eine Variante des Irrwegs vertreten PDS und WASG, die sich den Anstrich einer gerechten Politik geben, aber die Augen vor den Veränderungen unserer Welt verschließen. Die Rezepte von gestern passen nicht in eine Welt der Globalisierung, der Wissensgesellschaft und der veränderten Demografie. Ihre Vorschläge sind realitätsfern und in der Summe nicht finanzierbar. Deren Populismus bedeutet eine Politik der Verantwortungslosigkeit.

PDS und WASG treiben den Sozialstaat mit ihren Vorschlägen in die Finanzkrise und streuen Menschen, die so dringend auf Arbeit warten, mit vermeintlich einfachen Lösungen Sand in die Augen und leisten damit weiterem Vertrauensverlust in die Demokratie Vorschub. Ihre polemischen Angriffe gegen den europäischen Verfassungsvertrag nehmen sogar das Zusammenspiel mit nationalistischen rechten Kräften in Kauf. Sie belegen die Unfähigkeit, am demokratischen Fortschritt in Europa mitzuwirken.

Wer sich Reformen des Sozialstaats verweigert, setzt ihn am Ende aufs Spiel. Sie betreiben eine bewusste Täuschung der Bürgerinnen und Bürger. Das Menschenbild dieses eitlen Populismus ist verräterisch. Dieser will nicht aktivieren, sondern will den passiven Empfänger staatlicher Leistungen. Er will nicht Hilfe zur Selbsthilfe, sondern eine Kultur der Abhängigkeit. Das ist das Gegenteil von Emanzipation. Das ist nicht linke Politik und so ist keine mehrheitsfähige Politik gegen Marktradikalismus und Entsolidarisierung zu machen.

Populistische Illusionen sind so gefährlich wie soziale Kälte unmenschlich ist – beide sind im Kern unmoralisch.

Beide Wege bringen unser Land nicht voran. Sie machen unfrei.

Sie führen in Sackgassen.

Deutschland 2010 – wie wir leben wollen in Deutschland – Ziele und Wege –

Wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen haben gegen manchen Widerstand mit der Erneuerung Deutschlands begonnen. Wir stellen uns der Realität und den Herausforderungen unserer Zeit. Mit Bundeskanzler Gerhard Schröder haben wir ein großes Reformprogramm durchgesetzt und damit unser Land auf den Weg in eine gute Zukunft gebracht. Diesen Weg wollen wir konsequent weiter gehen und fort entwickeln.

Wir haben Vertrauen in Deutschland. In seine Stärke und in seinen Gemeinsinn.

Vor allem in seine Menschen, die tüchtig sind und bereit anzupacken, wenn es darauf ankommt.

Wir haben klare Ziele, wo wir 2010 in Deutschland angekommen sein wollen. Das wird gelingen, wenn alle – da wo sie stehen – ihre Arbeit tun und ihre Fähigkeiten einbringen.

Die Richtschnur dabei heißt Soziale Demokratie.

1. Wir wollen, dass Deutschland seine Kräfte bündeln kann und dass so Wohlstand für alle dauerhaft gesichert ist

Die Bilanz der bisherigen Regierungszeit von Bundeskanzler Gerhard Schröder zeigt: Der Standort Deutschland ist stark und wettbewerbsfähig. Dazu hat die Politik dieser Koalition entscheidend beigetragen. Die Steuer- und Abgabenlast ist gesunken. Die Dynamik der Lohnnebenkosten wurde gebrochen. Der Export stieg deutlich. Der Aufbau Ost kommt voran. Und die Investitionen in Bildung und Forschung helfen die Zukunftsfähigkeit unseres Landes zu stärken. Diese Politik setzen wir fort, zusammen mit allen Verantwortlichen in Wirtschaft, Gewerkschaft und Wissenschaft.

Die besondere Stärke Deutschlands liegt in der Schaffung qualitativ hochwertiger Arbeitsplätze. Innovationen sind dafür notwendige Voraussetzungen. Davon profitieren unsere starken traditionellen Branchen, auch das Handwerk.

Gut qualifizierte, zuverlässige Menschen haben Deutschland stark gemacht – Unternehmerinnen und Unternehmer, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Frauen und Männer.

- Wir setzen auf gute Bildung und Qualifikation, vom Kindergarten bis zur Weiterbildung.
- Wir setzen auf eine exzellente und offene Forschungsinfrastruktur, auf hervorragende Ausbildung und günstige Rahmenbedingungen für die

Entwicklung neuer Märkte. Wir machen eine Innovationspolitik aus einem Guss.

- Die Wirtschaft der Zukunft beruht auf Wissen, Innovation und Kreativität – in der Industrie wie in den Dienstleistungen. Staat und Wirtschaft werden gemeinsam den Anteil der Ausgaben von Forschung und Entwicklung am Bruttoinlandsprodukt bis 2010 auf 3,0 % anheben. Davon trägt der Staat ein Drittel und die Wirtschaft zwei Drittel.
- Wir wollen mehr junge Menschen für Forschung und Wissenschaft begeistern und unsere Hochschulen und Forschungseinrichtungen zu Orten machen, die die besten Köpfe der Welt interessieren.
- Die Exzellenzinitiative für Spitzenuniversitäten ist für unsere Hochschulen ein Sprungbrett in die Weltklasse. Mit zusätzlich 1,9 Mrd. Euro können Deutschlands Hochschulen ihr Profil stärken und endlich auch international zeigen, wie leistungsfähig sie sind. Das ist eine enorme Chance für das deutsche Hochschulsystem und die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.
- Nur wo die Breite in der Forschung bereits hohen Ansprüchen gerecht wird, kann sich die Spitze entwickeln. Dies wollen wir unterstützen mit einem neuen Innovationsprogramm für Hochschulen, das Autonomiemodelle, professionelles Management und die Entwicklung verlässlicher Karrierewege fördert sowie das Prinzip des Gender Mainstreaming konsequent umsetzt.

Im internationalen Wettbewerb müssen wir die technologischen Stärken für Zukunftsmärkte nutzen – in den Bereichen Kommunikation und Mobilität, Energie, Gesundheit, Umwelt und Nachhaltigkeit, Sicherheit, Bauen und Wohnen.

- Bundeskanzler Gerhard Schröder wird mit seiner Regierung die Anfang 2004 ins Leben gerufene Initiative „Partner für Innovation“ fortführen und gemeinsam weitere Leuchtturmprojekte entwickeln, die den Innovationsstandort Deutschland stärken. Unser Land braucht bei Spitzentechnologien Mut zu den Chancen statt Zögern vor den Risiken. Wir brauchen ein neues Denken: mehr Forschung ohne Fesseln, aber nicht ohne Grenzen. Deshalb brauchen wir eine neue Kultur der Innovation.

Wir sind sicher: Mit einem ausgewogenen Mix von Angebots- und Nachfragepolitik setzen wir zusätzliche Investitionen in der Wirtschaft und in den privaten Haushalten frei, schaffen Vertrauen und damit eine Grundlage für höheres Wachstum und mehr Arbeitsplätze in Deutschland. Diese Maßnahmen sind mit der Erwartung verbunden, dass die Unternehmen investieren und mehr Beschäftigung schaffen.

- Der Körperschaftssteuersatz für Kapitalgesellschaften wird von 25% auf 19% reduziert. Damit bietet Deutschland zukünftig bessere steuerliche Rahmenbedingungen. Die Absenkung des Körperschaftsteuersatzes wird vollständig aus dem Bereich wirtschaftlicher Betätigung (aufkommensneutral) gegenfinanziert.

- Der Anrechnungsfaktor der Gewerbesteuer auf die Einkommensteuer wird von 1,8 auf 2,0 angehoben. Faktisch stellen wir Handwerk und kleinere Betriebe von der Gewerbesteuer frei.

Diese zwei Punkte waren bereits im Gesetzgebungsverfahren, scheiterten aber an CDU/CSU.

- Innovative Mittelständler erhalten von der Mittelstandsbank zukünftig Kredite, die 2 Prozentpunkte unter dem Marktzins liegen.
- Durch eine rechtsform- und finanzierungsneutrale Unternehmenssteuer sollen künftig alle Betriebe – Kapitalgesellschaften und Personengesellschaften – einheitlich besteuert werden.
- Die betriebliche Erbschaftssteuer wird so ausgestaltet, dass kleine und mittlere Unternehmen beim Übergang zur nächsten Generation fortbestehen.
- 20 % aller privaten Erhaltungs- und Modernisierungsaufwendungen bis zu einer Höhe von 3.000 Euro, also maximal 600 Euro sind – zunächst auf 2 Jahre befristet – von der zu zahlenden Einkommensteuer abziehbar. Damit werden Handwerk und Mittelstand gestärkt und Arbeitsplätze geschaffen. Wir kurbeln die Binnennachfrage an.
- Wir wollen eine Stärkung der regionalen Wirtschaft und ihrer Arbeitsplätze über Handwerk und Dienstleistungen als eine Antwort auf die Globalisierung der Wirtschaft.
- Für den Ausbau von Straßen- und Schienennetz werden in den nächsten vier Jahren zusätzlich 2 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt.

Politik für die Wirtschaft, das ist für uns vor allem Politik für den Mittelstand.

- Wir setzen uns mit Nachdruck dafür ein, dass auch in Deutschland das one-stop-shop-Prinzip durchgesetzt wird, damit es für Existenzgründerinnen und Existenzgründer beim Weg in die Selbstständigkeit nur noch eine Anlaufstelle für Behördengenehmigungen und Förderung gibt. Gerade das Handwerk und der Mittelstand müssen von bürokratischen Lasten befreit werden.

2. Wir wollen mehr Arbeit schaffen und weniger Arbeitslosigkeit haben in Deutschland

Arbeit zu schaffen ist drängender denn je. Und ambitionierter.

Vom langfristigen Ziel der Vollbeschäftigung lassen wir nicht ab; wir wollen ihr näher kommen:

Arbeit sichert Lebensunterhalt.

Arbeit ist Selbstverwirklichung.

Arbeit schafft Wohlstand.

Arbeit ist Teilhabe an der Gesellschaft.

- Wir sind Exportweltmeister, aber wir bleiben es nur, wenn wir Hochleistungsland bleiben. Deshalb fördern wir noch stärker Forschung und Entwicklung von Hochleistungsprodukten. Innovationen sind der entscheidende Jobmotor.
- Die Schaffung neuer Arbeitsplätze ist vorrangig die Aufgabe der Unternehmen im Lande. Wir sorgen dafür, dass sie wettbewerbsfähig sind, was Steuern und Abgaben angeht. Wir haben mit unserer Gesetzgebung die Lohnnebenkosten (Renten- und Krankenversicherung) gesenkt. Die Unternehmen sind in der Pflicht.
- Haushaltsnahe Dienstleistungen gewinnen eine immer größere Bedeutung. Wir unterstützen dies und prüfen, wie diese Tendenz zusätzliche Impulse bekommen kann.
- Energetische Gebäudesanierung wird weiter hoch gefördert. Wir beginnen ein Programm der energetischen Sanierung der öffentlichen Gebäude und reduzieren damit auch den CO₂-Ausstoß. Wir appellieren an Länder und Kommunen, sich daran zu beteiligen.
- Wir schaffen die gesetzlichen Rahmenbedingungen, um stärker als bisher private Investoren an der Finanzierung von öffentlicher Infrastruktur beteiligen zu können (ÖPP).
- Die kommunalen Investitionen müssen wieder steigen. Die positive Entwicklung der Gewerbesteuererinnahmen bietet dazu Gelegenheit, wenn die Kommunen mindestens einen Teil davon in Investitionen statt zur Entschuldung einsetzen dürfen.

Nur wenn Bund, Länder und Kommunen mit ihren Investitionen einvernehmlich auf Wachstum und Arbeit setzen, können öffentliche Investitionen am Arbeitsmarkt merklich positiv wirken.

- Wir bekämpfen illegale Beschäftigung massiv. Recht und Ordnung am Arbeitsmarkt müssen durchgesetzt werden. Die Ehrlichen sollen nicht die Dummen sein.
- Die nötige Flexibilität in der Arbeitszeit zu vereinbaren, ist Sache der Tarifparteien. Generelle Arbeitszeitverlängerung mit dem Ziel der faktischen Lohnkürzung wäre der falsche Weg.

Mit unserer großen Arbeitsmarktreform ist es gelungen, neue Wege aus der Arbeitslosigkeit in Beschäftigung zu eröffnen.

Der eingeleitete grundlegende Umbau der Bundesanstalt für Arbeit (BA) zu einem modernen Dienstleister am Arbeitsmarkt wird Ende 2005 abgeschlossen sein. Die BA wird dann den Arbeitssuchenden die bestmögliche Dienstleistung

zur Verfügung stellen. Arbeitssuchende und offene Stellen werden künftig sehr viel schneller zusammengebracht.

- Ich-AGs und Mini-Jobs erleben einen Boom. Wir wollen sie als Einstieg in existenzsichernde Beschäftigung gestalten und steuern.
- Mit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe (Hartz IV) haben wir eine Grundsicherung für alle arbeitsfähigen Langzeitarbeitslosen eingeführt. Dadurch ist die Zahl der Arbeitslosen zwar statistisch um einige Hunderttausende gestiegen. Aber wir haben so über eine Million erwerbsfähige Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger aus der Sozialhilfe herausgeholt. Sie erhalten jetzt endlich das gleiche umfassende Angebot an Förderung und Jobvermittlung wie alle anderen Arbeitssuchenden. Sie sind jetzt kranken- und pflegeversichert und haben die Möglichkeit, eine Alterssicherung mit 5 Euro monatlich aufzubauen. Ein Vermittler wird sich künftig um nur noch 75 jugendliche Erwerbslose intensiv kümmern müssen, statt wie bisher um 400. Dafür reformieren wir.
- Die SPD will keine Kommunalisierung der Langzeitarbeitslosigkeit und ihrer Finanzierung. Wir räumen den Job-Centern mehr Kompetenzen und Freiräume ein, um entsprechend der regionalen Arbeitsmarktsituation Arbeitssuchende noch besser vermitteln und qualifizieren zu können.
- Wir wollen, dass keine Jugendliche und kein Jugendlicher sein Arbeitsleben mit Arbeitslosigkeit beginnen muss. Deswegen haben wir dafür gesorgt, dass die Arbeitsvermittler besonders viel Zeit und Mühe auf Jugendliche verwenden. Unser Ziel bleibt: kein junger Mensch unter 25 Jahren soll länger als 3 Monate ohne Arbeit, Ausbildung oder weiterführende Beschäftigung sein.
- Dabei wird uns auch der mit der Wirtschaft vereinbarte Ausbildungspakt helfen. Schon im letzten Jahr ist mit einem Zuwachs von 22.500 Ausbildungsverträgen die Trendwende am Ausbildungsmarkt gelungen. Auch dieses Jahr sollen, das ist unser Ziel, alle ausbildungsfähigen- und willigen jungen Menschen ein Ausbildungsangebot bekommen.
- Auch die älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer benötigen besondere Förderung. Den Trend der Verdrängung Älterer aus dem Arbeitsleben wollen wir stoppen. Mit lebenslangem Lernen, mit Lohnkostenunterstützung der Bundesagentur für Arbeit und mit der Förderung von bis zu 50 regionalen Beschäftigungspakten für Ältere. Hierfür stellen wir bis zu 250 Mio. € zur Verfügung.

Weil der Arbeitsmarkt für Ältere in weiten Teilen Deutschlands weiterhin so schwierig ist, haben wir uns entschlossen, die ursprünglich für den 1. Februar 2006 vorgesehene Verkürzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I um zwei Jahre auf den 1.2.2008 zu verschieben, und die oben genannte Förderungsmaßnahme zu forcieren.

Wir wollen, dass die vorhandene Arbeit von denen getan wird, die legal in Deutschland sind.

- Wer trotz aller Hilfen und Förderung nicht den angestrebten Arbeitsplatz findet, muss auch bereit sein, eine andere Arbeit anzunehmen. Wir dürfen nicht akzeptieren, dass Deutschland bei hoher Arbeitslosigkeit in bestimmten Berufen in hohem Maß auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – oft saisonal – aus dem Ausland angewiesen sind.
- Die Aussicht auf sozialen Aufstieg und das berufliche Fortkommen muss jederzeit und für alle Altersgruppen und beide Geschlechter gewahrt bleiben. Fördern und Fordern bedeutet immer auch, den Menschen eine faire Chance zu bieten, sich den Zugang zu qualifizierten Arbeitsplätzen zu eröffnen.
- Fort- und Weiterbildung wird auch weiterhin ein zentrales Mittel unserer aktiven Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik bleiben. CDU/CSU und FDP wollen diese Förderung abschaffen. Gegen die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Ausbildung und Arbeit zu haben, ist eine wichtige Voraussetzung, damit behinderte Menschen selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

- Deshalb werden wir weiterhin der Sicherung und Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen für behinderte und schwerbehinderte Menschen einen hohen Stellenwert einräumen.

3. **Wir wollen, dass das Zusammenwachsen befördert und der Aufbau Ost vorangetrieben wird**

- Ein vorrangiges Ziel ist es, Ostdeutschland auf dem Weg der Angleichung der Lebensverhältnisse weiter voranzubringen. Der Solidarpakt II schafft für die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Ost und West eine langfristige und verlässliche Grundlage.
- Klar: Bis die innere Einheit praktisch erreicht ist, liegt noch eine lange Wegstrecke vor uns. Die Entwicklung einer sich selbst tragenden Wirtschaft mit einem stabilen Wachstum vor allem des Verarbeitenden Gewerbes verlangt noch große Anstrengungen.
- Die Zusagen aus dem Solidarpakt II werden vollständig erfüllt. Die finanziellen Hilfen werden entsprechend der jeweiligen Aufgaben effizient und flexibel eingesetzt. Über die Verwendung der Mittel wird eine SPD-geführte Bundesregierung die neuen Länder und die Öffentlichkeit in jährlichen Fortschrittsberichten informieren.
- Ostdeutschland braucht zur Verstärkung seiner Wachstumskräfte weiterhin klare Vorfahrtsregeln für Investitionen. Daher werden wir die bewährten Verfahrensbeschleunigungen im Planungsrecht bis zum Auslaufen des Solidarpakt II verlängern und sie in ganz Deutschland einführen.

- Herzstück des Aufbaus Ost bleibt auch in Zukunft der Dreiklang von Investitionen, Innovationen und Infrastruktur. Die Investitionszulage wird über 2006 hinaus fortgesetzt oder übergeleitet in die Gemeinschaftsaufgabe regionale Wirtschaftsstruktur.
- Die zahlreichen (ostdeutschen) Regionen, die sich am Bundeswettbewerb "Innovationsregionen" beteiligen, sollen echte Testregionen zur Deregulierung von Bundesrecht werden, die nicht nur Vorschläge zum Bürokratieabbau erarbeiten, sondern diese auch exklusiv auf ihre Tauglichkeit erproben dürfen.
- Mit dem Programm für den Stadtumbau Ost hat die Regierung von Bundeskanzler Gerhard Schröder eine richtige Antwort auf die Herausforderung des demografischen Umbruchs gegeben. Die Bedeutung der Aufgabe wird in Zukunft weiter wachsen. Wir werden deshalb dafür sorgen, dass der Stadtumbau Ost über das Jahr 2009 hinaus fortgeführt werden kann.
- Die Reintegration von Älteren und Langzeitarbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt ist wichtig. Wir werden dafür sorgen, dass gerade bei kleinen und mittleren Unternehmen die Arbeitsvermittlung mit Hilfen zur betrieblichen Personalentwicklung verknüpft wird.
- Wir werden Pilotprojekte zum demografischen Wandel entwickeln. Ziel ist es, dass dünn besiedelte Regionen in Ost und West auch in Zukunft mit guten Schulen und einer funktionierenden sozialen Infrastruktur ausgestattet sind.
- Die unterschiedliche Höhe des Arbeitslosengeldes II in Ost und West werden wir aufheben (Angleichung Ost an West auf 345 Euro).
- Ziel unserer Bodenpolitik ist es, dass die ostdeutschen Länder die beim Bund befindlichen BVVG-(Bundes-Vermögens-Verwaltungs-Gesellschafts-)Flächen erwerben können. Damit stärken wir die Kompetenz der Länder für strukturpolitische Entscheidungen im ländlichen Raum und festigen die betriebswirtschaftliche Stabilität der Landwirtschaftsunternehmen.

4. Wir wollen, dass keine und keiner unter 25 Jahren länger als 3 Monate ohne Arbeit, Ausbildung oder weiterführende Beschäftigung ist

Wir wollen, dass keine Jugendliche und kein Jugendlicher sein Arbeitsleben mit Arbeitslosigkeit beginnen muss. Wir werden alles dafür tun, dass arbeitslose junge Menschen die Ausbildung oder Arbeit finden, die ihrer Eignung, Neigung und Leistungsfähigkeit entspricht.

Unser Ziel bleibt:

- Kein junger Mensch unter 25 Jahren soll länger als 3 Monate ohne Arbeit, Ausbildung oder weiterführende Beschäftigung sein.

- Eine der wichtigsten Voraussetzungen für das Berufsleben ist eine Berufsausbildung. Mehr als die Hälfte jeden Jahrgangs entscheidet sich für diesen Einstieg in das Berufsleben. Wir werden den erfolgreichen Ausbildungspakt mit den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft fortsetzen.
- Das duale Bildungssystem hat eine Zukunft, wenn es Schritt hält mit der Entwicklung neuer Märkte und Berufe. Mit der Erneuerung des Berufsbildungsgesetzes und der Modernisierung von rd. 180 Berufen haben wir einen großen Schritt zur Weiterentwicklung der beruflichen Bildung gemacht.
- Wir wollen die Anstrengungen verstärken, das Berufswahlspektrum für Frauen zu erweitern, insbesondere in der IT-Branche und in technischen Berufen, und junge Frauen mit Hochschulreife für naturwissenschaftliche und technische Studiengänge gewinnen.
- Jugendliche, die Schule oder Ausbildung abbrechen, sollen eine zweite Chance bekommen. Mit einem neuen Programm „Zweite Chance“ wollen wir erreichen, dass Jugendliche ihren Schulabschluss nachholen oder ihre Ausbildung wieder aufnehmen können. Auch für junge Erwachsene ohne Berufsausbildung soll es neue Möglichkeiten zur Nachqualifizierung geben.
- Wir wollen mittelfristig die Weiterbildung zur 4. Säule der Bildung machen. Wir wollen eine Weiterbildung mit System. Dabei sollen auch die Hochschulen stärker als bisher einbezogen werden. Wir wollen deshalb die Weiterbildungsbeteiligung erhöhen, indem wir Fördermöglichkeiten für Bildungsbenachteiligte schaffen, die Transparenz von Weiterbildungsmöglichkeiten und –strukturen stärken und die Durchlässigkeit zwischen den Ausbildungsgängen erhöhen. Die Prüfung der Qualitätssicherung von Weiterbildungsangeboten kann zum Beispiel durch die Stiftung Warentest auf eine dauerhafte Grundlage gestellt werden.
- Als wesentliche Nutznießer betrieblicher Weiterbildung kommt den Unternehmen die Hauptverantwortung für betriebliche Bildungsinvestitionen zu. Wir sorgen dafür, dass das Instrument der betrieblichen Lernzeitkonten von den Sozialpartnern verstärkt genutzt wird. Deshalb wollen wir deren Weiterentwicklung fördern und die Rahmenbedingungen hierfür verbessern. Dies ist eine Herausforderung auch an die Tarifparteien.

5. Wir wollen Löhne, die existenzsichernd sind

In den zurückliegenden Jahren haben die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland erhebliche Opfer gebracht und einen Beitrag zur Stärkung der deutschen Wirtschaft geleistet. Um Arbeitsplätze nicht zu gefährden und die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Unternehmer zu sichern, haben Gewerkschaften und Belegschaften Erhöhungen der Arbeitszeit akzeptiert, flexiblen Arbeitszeitmodellen zugestimmt und sich mit sehr moderaten Lohn- und

Gehaltserhöhungen begnügt. Das war notwendig und es hat sich gelohnt. Aber generell muss gelten:

- Die Beschäftigten haben einen Anspruch auf eine gerechte Beteiligung am wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen und Branchen.

Gute Arbeit muss gerecht entlohnt werden. Jeder Mensch muss die Möglichkeit zur Teilhabe an einer sozial abgesicherten und Existenz sichernden Erwerbsarbeit haben.

- Mit der Ausweitung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes auf alle Branchen unterstützen wir die Tarifvertragsparteien bei der Verhinderung von Lohn- und Sozialdumping durch entsandte Billigkräfte. Die Tarifvertragsparteien sind aufgefordert, bundeseinheitliche tarifliche Mindestlöhne in allen Branchen zu vereinbaren. Soweit dies nicht erfolgt oder nicht erfolgen kann, werden wir Maßnahmen für einen gesetzlichen Mindestlohn ergreifen.
- Wir werden konsequent gegen Sozial- und Lohndumping vorgehen. Die SPD-geführte Bundesregierung hat dazu eine Task Force zur Bekämpfung des Missbrauchs der Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit eingesetzt. Ihre Aufgabe ist es, die Einbehaltung des Rechts am Arbeitsmarkt und fairen Wettbewerb durchzusetzen.
- Die Dienstleistungsrichtlinie der EU wird auf Druck von Deutschland und Frankreich grundlegend überarbeitet. Wir werden nur einer Dienstleistungsrichtlinie auf europäischer Ebene zustimmen, wenn diese sozial ausgewogen ist und Verstöße gegen die Ordnung auf dem Arbeitsmarkt nicht zulässt. Das Herkunftslandprinzip, wie es in der EU-Dienstleistungsrichtlinie vorgeschlagen ist, ist nicht akzeptabel.
- Die SPD wird einen wirksamen gesetzlichen Insolvenzschutz für Arbeitszeitkonten schaffen.

6. Wir garantieren Arbeitnehmerrechte

Die soziale Marktwirtschaft ist untrennbar verbunden mit Teilhabemöglichkeiten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wir werden den Erhalt wichtiger Arbeitnehmerrechte garantieren.

- Der Schutz vor Kündigung, faire Befristungsregeln, das Recht auf Wahl betrieblicher Interessenvertreterinnen und Interessenvertreter sowie ein moderner Arbeitsschutz gehören zu den unverzichtbaren Arbeitnehmerrechten. Für diese Rechte treten wir ein. Diese Rechte garantiert nur eine sozialdemokratische Bundesregierung. Unser Land braucht selbstbewusste Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, deren Antrieb der Wille zum Anpacken und nicht die Angst vor Heuern und Feuern sein muss. Die von Union und FDP gewollte weitgehende Abschaffung des Kündigungsschutzes wird es mit uns nicht geben.

- Die im Grundgesetz garantierte Tarifautonomie hat sich als Grundpfeiler sozialer Marktwirtschaft bewährt. Tarifverträge ermöglichen bei Bedarf flexible Lösungen, die insbesondere auf Beschäftigungssicherung auszurichten sind. Es ist Aufgabe der Tarifparteien, diese Flexibilität gemeinsam weiter zu entwickeln. Gesetzliche Eingriffe in die grundgesetzlich garantierte Tarifautonomie lehnen wir ab. Faire Flexibilität lässt sich nicht gesetzlich verordnen.
- Der Grundsatz der Teilhabe macht auch vor den Betriebstoren nicht halt. Deshalb steht für uns die Mitbestimmung in Deutschland nicht zur Disposition. Gerade in schwierigen Zeiten unterstützt die Mitbestimmung Reformprozesse. Die Mitbestimmung ist ein Standortvorteil für Deutschland. Das Erfolgsmodell Mitbestimmung muss dabei mit globalen und europäischen Herausforderungen Schritt halten. Gemeinsam mit den Sozialpartnern wollen wir die Mitbestimmung zukunftsfest gestalten.

7. Wir wollen nachhaltige Mobilität, leistungsfähige Infrastruktur und lebendige Städte

Mobilität ist die wesentliche Voraussetzung für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung. Wir schaffen sie durch eine leistungsfähige Infrastruktur. Der wirtschaftliche und demografische Wandel stellt auch die Stadtentwicklung vor neue Herausforderungen.

Unser Ziel ist ein ökonomisch effizientes, sozial angemessenes und ökologisch verträgliches Mobilitätsangebot. Individuelle Mobilitätsansprüche als Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sichern wir durch eine integrierte Verkehrspolitik mit einer Kombination der unterschiedlichen Verkehrsträger.

Mobilität ist gut und schafft Arbeitsplätze. Logistik ist ein wesentlicher Bestandteil einer arbeitsteiligen Wirtschaft. Mehr als 2,7 Mio. Arbeitsplätze wurden in dieser Branche bis heute geschaffen. Die Signale stehen weiter auf Wachstum. Wir wollen Warenströme intelligent bündeln und koordinieren, damit Deutschland auch zukünftig wettbewerbsfähig bleibt.

- Die Menschen in unserem Land erwarten eine ausgezeichnete Verkehrsinfrastruktur. Wir werden sie bereitstellen. Ohne Sicherung und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur lässt sich das prognostizierte Verkehrswachstum innerhalb des nächsten Jahrzehnts nicht bewältigen.
- Mobilität ist wichtig, um den Anforderungen der Menschen in der modernen Gesellschaft gerecht zu werden. Das gilt insbesondere für die Wirtschaft, die eine Verkehrsinfrastruktur auf höchstem Niveau fordert. Die Vernetzung der Verkehrsträger Straße, Schiene und Wasserstraße ist dabei der richtige Schritt, um ökonomische und ökologische Effizienzgewinne zu erzielen. Diesen Weg werden wir fortsetzen.
- Wirtschaftswachstum wird auch zukünftig Verkehrswachstum erzeugen. Hinzu kommt Deutschlands Lage im Zentrum der europäischen Waren- und Güterverkehre. Der Einsatz intermodaler Transportketten ist der Kern eines

nachhaltigen Verkehrssystems. Insbesondere der technische Fortschritt im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie eröffnet dem wettbewerblichen und kooperativen Zusammenspiel und der Verknüpfung von verschiedenen Verkehrsträgern eine realistische Chance. Diese Entwicklung wollen wir fördern.

- Das Planungsrecht muss wirksam gestrafft werden, damit Wachstumsimpulse schneller umgesetzt werden können.
- Mit dem Einstieg in die LKW-Maut wurde in Deutschland erstmals die Möglichkeit geschaffen, die Infrastrukturfinanzierung im Verkehrsbereich auf eine breitere Basis zu stellen. Der Wechsel zu einer Nutzerfinanzierung im Bereich der Bundesfernstraßen bietet uns die Chance, ein umfassendes neues Finanzierungskonzept zu entwickeln.
- Oberstes Ziel der Verkehrspolitik muss der Schutz aller Verkehrsteilnehmer sein. Wir wollen unsere nachhaltige und wirkungsvolle Verkehrssicherheitsarbeit fortsetzen und dabei insbesondere Risikogruppen wie jugendliche Fahranfänger und ältere Menschen unterstützen.
- Vor dem Hintergrund knapper und teurer werdender Kraftstoffe auf der Basis von Erdöl ist der Umstieg auf erneuerbare Kraftstoffe eine Aufgabe der Zukunftsvorsorge. Vor diesem Hintergrund wollen wir gemeinsam mit der Automobilwirtschaft und der Mineralölwirtschaft eine zukunftsfähige Kraftstoffstrategie entwickeln und umsetzen. So sichern wir dauerhaft bezahlbaren Kraftstoff für die Zukunft der Mobilität.
- Mit den Programmen Soziale Stadt, Stadtumbau Ost, Stadtumbau West und der Städtebauförderung helfen wir den Städten beim notwendigen Strukturwandel. Wir wollen die Städte familienfreundlicher gestalten und das Miteinander von jüngeren und älteren Menschen unterstützen. Die Programme zur Städtebauförderung werden mit den Menschen entwickelt, die dort leben. Sie fördern die demokratische Kultur, stärken die Zivilgesellschaft und die Glaubwürdigkeit politischen Handelns.

8. Wir wollen eine moderne Energiepolitik für unser Land und global

Wir begegnen der wachsenden Nachfrage nach Energie und den Herausforderungen des Klimawandels mit einer klaren Innovationsstrategie, die auf einen breiten Energiemix und einen effizienten und klimafreundlichen Umgang mit den Energieressourcen setzt. Mit dieser Strategie wollen wir die Abhängigkeit Deutschlands vom Öl reduzieren und die Energiekosten schrittweise senken.

Die Sicherung von Arbeitsplätzen und verantwortliche Umweltpolitik sind für uns keine Gegensätze. Wir setzen auf die Märkte von Morgen: nachhaltige Stoffwirtschaft, Erneuerbare Energien, Energieeinsparung und Effizienzrevolution bei Energie und Rohstoffen und konsequente Minderung von Umwelt- und Gesundheitsrisiken.

- Mit dem von uns geschaffenen Erneuerbare-Energie-Gesetz werden wir bis 2010 rund 20 Mrd. Euro neue Investitionen auslösen und darüber hinaus zum industriellen Weltmarktführer für die Solar- und Windkrafttechnologie. Das ist „Arbeit und Umwelt“.
- Wir setzen auch in Zukunft auf hocheffiziente und klimaverträgliche Kohlekraftwerke und werden dafür sorgen, dass dieser Energieträger auch mit unseren Klimazielen vereinbar ist. Unser Ziel ist ein emissionsfreies Kraftwerk, in dem CO₂ wirksam abgeschieden und gespeichert werden kann. Deshalb werden wir die bereits begonnene Förderung der Forschung und Entwicklung in diesem Bereich fortsetzen.
- Den Beschäftigten im Steinkohlebergbau geben wir auch künftig eine klare Zukunftsperspektive, indem wir den sozialverträglichen Strukturwandel im Bergbau weiter begleiten und dabei die in den Regionen vorhandene Innovationskraft stärken. Es bleibt bei der vereinbarten Steinkohlefinanzierung.
- Wir werden innovative Technologien wie die erneuerbare Energie weiter fördern. Ziel ist es, möglichst schnell die Wettbewerbsfähigkeit solcher innovativer Technologien zu erreichen. Den mit der Einbindung der Erneuerbaren Energien verbundenen Umbau unserer Stromversorgungsnetze werden wir beschleunigen.
- Wir stellen sicher, dass Strom- und Gasnetze zu fairen Bedingungen genutzt werden können und sorgen durch Anreizregulierung dafür, dass unsere Netze sowohl zuverlässig als auch kostengünstig betrieben werden.
- Um die Energieeffizienz weiter zu steigern und CO₂-Ausstöße zu reduzieren, werden wir die erfolgreiche Förderung der Gebäudesanierung weiter entwickeln und ausbauen. Mit dem von uns eingeführten Energiepass machen wir den Energieverbrauch von Gebäuden für Mieterinnen und Mieter, Käuferinnen und Käufer von Häusern und Wohnungen transparent.
- Beim Ausbau der Erneuerbaren Energien werden wir die gewachsene Bedeutung der Energieerzeugung aus Biomasse weiter verstärkt fördern. So verbinden wir die Erschließung von zukunftsfähigen Energiequellen mit neuen Möglichkeiten zu mehr Wirtschaftswachstum und der Schaffung neuer Arbeitsplätze.
- Wir sind uns der Verantwortung und der Chance bewusst, erstklassiges deutsches Know-how im Bereich Energie weltweit einzusetzen – im Sinne globaler Umweltpolitik und zum Nutzen deutscher Unternehmen und Beschäftigten.
- Wir halten am Atomausstieg fest. Bei der Umsetzung des vereinbarten Atomausstiegs wird die Sicherheit des Reaktorbetriebs während der Restlaufzeit im Zentrum unserer Aufmerksamkeit stehen. Wir bekennen uns zur nationalen Verantwortung für die Endlagerung radioaktiver Abfälle.

9. Wir wollen eine wettbewerbsfähige Landwirtschaft

Die Landwirtschaft schafft Arbeit und Nahrung und ist Teil aktiver Umweltpolitik. Sie muss sich an den Vorgaben des Tier-, Natur- und Umweltschutzes orientieren und gesunde Nahrungsmittel zu angemessenen Preisen erzeugen. Wir berücksichtigen und unterstützen auch die Interessen unserer Landwirte bei den Entscheidungen auf europäischer Ebene. Weder konventionelle Landwirtschaft noch ökologischer Landbau dürfen benachteiligt werden.

Die Landwirtschaft ist prägend für große Teile des Ländlichen Raums. In dieser Aufgabe bestärken wir sie.

- Die SPD will die ländliche Entwicklungspolitik voranbringen. Es geht um Wachstum und Beschäftigung in ländlichen Problemregionen und die Stärkung des Ländlichen Raums als Lebens-, Arbeits-, Natur- und Erholungsraum.
- Wir wollen Kontinuität und Planungssicherheit für die deutsche Landwirtschaft. Dabei sind uns faire Wettbewerbsbedingungen auf nationalen und internationalen Agrarmärkten und der Abbau von Subventionen im Rahmen von EU und WTO ebenso wichtig wie die Verlässlichkeit von Zukunftsinvestitionen. Dazu gehören Einkommensalternativen wie im Bereich der Bioenergie und der nachwachsenden Rohstoffe.
- Wir setzen uns weiter für ein wirksames Verbraucherinformationsgesetz ein. Denn die Grundlage einer aktiven Verbraucherpolitik sind für uns eine unabhängige und starke Verbraucherberatung sowie Gesetze, die den Verbraucherinnen und Verbrauchern Zugang zu wichtigen Informationen verschaffen und eine Rolle als gleichberechtigter Partner garantieren.

10. Wir wollen eine gesunde Umwelt

Die ökologische Modernisierung ist ein wichtiges Fundament wirtschaftlicher und technologischer Erneuerung für ein ökonomisch leistungsstarkes und sozial gerechtes Deutschland. Schon heute finden mehr als eine Million Menschen Beschäftigung durch Umweltschutz.

- Wir brauchen eine Effizienzrevolution bei der Nutzung von Energie und Rohstoffen. Diese Potenziale sind unsere wichtigsten Quellen für qualitatives Wachstum, sie verringern unsere Abhängigkeit von Energieimporten – sie sind Kern unseres Konzepts „Arbeit und Umwelt“.
- Wir wollen für Produktion und Produkte ein ökologisches Design. Produkte sollen gesundheitsverträglich, langlebig, wieder verwendbar, recyclingfähig und schadlos zu beseitigen sein. Dafür wollen wir Ziele für Ressourcenschonung und Produktverantwortung setzen.
- Die Anzahl chronischer Erkrankungen steigt. Zu den Ursachen gehören auch Umweltbelastungen. Durch einen vorsorgenden Umweltschutz fördern wir

das Wohlbefinden, damit die Menschen immer weniger krank werden. Zur modernen Gesundheitswirtschaft gehört auch Umweltschutz.

- Schutz und Nutzung der Natur sind keine Gegensätze. Wir setzen mit dem Bundesnaturschutzgesetz Impulse für einen neuen Umgang mit der Natur. Wir wollen bis zum Jahr 2020 den Flächenverbrauch auf 30 Hektar pro Tag reduzieren. Und wir wollen ein „Nationales Naturerbe“ schaffen, um schutzwürdige Flächen zu vernetzen und die Artenvielfalt zu sichern.
- Für den Bürokratieabbau wollen wir ein Umweltgesetzbuch schaffen. Unser heutiges Umweltrecht ist zersplittert und unübersichtlich. Wir werden es entrümpeln und entbürokratisieren. Ehrgeizige Innovationsziele müssen durch entsprechende Anreizsysteme gefördert werden, damit der Umweltschutz Schritt für Schritt in alle Politikbereiche integriert wird.

11. Wir wollen gleiche Bildungschancen für alle

Bildung ist die beste Starthilfe, die wir unseren Kindern geben können. Bildung ist der Schlüssel zu gesellschaftlicher Teilhabe.

Jedem und jeder Einzelnen wollen wir unabhängig von der sozialen Herkunft Zugang zu guter Bildung ermöglichen. Das ist für uns ein Gebot der Gerechtigkeit. Und es entspricht der ökonomischen Vernunft. Im internationalen Wettbewerb werden wir nur bestehen, wenn wir den Reichtum unserer Talente entwickeln und ausschöpfen.

Deutschlands Zukunft entscheidet sich im Wissen und Können unserer Kinder und deren Willen zur Leistungsfähigkeit. Unser Land muss die frühkindliche Bildung und Erziehung mehr als bisher ins Zentrum rücken. Im Kindergartenalter kann erheblich dazu beigetragen werden, Fähigkeiten und Talente zu entwickeln und Kreativität und Entdeckergeist zu fördern. Und wir wollen ein Schulsystem, das stärker auf Durchlässigkeit, Integration und individuelle Förderung ausgerichtet wird.

- Mit dem von uns auf den Weg gebrachten Tagesbetreuungsausbaugesetz werden bis 2010 rund 230.000 zusätzliche Plätze in Kindergärten, Krippen und in der Tagespflege entstehen. Für die Kinder bedeutet das bessere Betreuung und frühe Förderung. Für die Mütter und Väter heißt das echte Wahl zwischen unterschiedlichen Betreuungsmöglichkeiten und bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
- Wir setzen uns dafür ein, den Bildungsauftrag der Kindergärten ernst zu nehmen. Wir werden die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern in Kindergärten neu ausrichten und weiterentwickeln. Deshalb setzen wir uns ein für gemeinsame Bildungsstandards und -ziele in Kindertagesstätten.

Berufs- und Teilhabechancen kann nur erwerben, wer die deutsche Sprache beherrscht. Deshalb fordern wir, den Spracherwerb von Kindern im Vorschulalter gezielt zu fördern. Obligatorische Tests könnten dabei helfen, Sprachdefizite bereits vor dem Start in die Schule zu erkennen und durch gezielte Förderung zu beheben.

- Mit dem Ganztagschulprogramm stellen wir den Ländern bis 2008 rund 4 Mrd. Euro für die Einrichtung von 10.000 zusätzlichen Ganztagschulen zur Verfügung. Es ist vor allem Aufgabe der Länder, diesen sinnvollen Weg fortzusetzen.

Wir stehen für den offenen Zugang zu den Hochschulen, unabhängig von den sozialen oder finanziellen Voraussetzungen der Jugendlichen. Wir stehen dafür, dass auch mehr Jugendliche aus bildungsfernen Schichten ein Studium ermöglicht wird.

- Deshalb bleibt das Erststudium frei von Studiengebühren.
- Der Zugang zur Hochschule muss auch künftig überall besonders qualifizierten Absolventen einer Berufsausbildung ohne Abitur offen stehen.
- Das BAföG bleibt und wird nicht in ein Vollkredit umgewandelt.

12. Wir wollen, dass Frauen und Männer in der Gesellschaft und im Beruf gleichgestellt sind

Frauen – und Gleichstellungspolitik ist eine Querschnittsaufgabe. Deshalb werden wir dafür sorgen, dass das Gender-Mainstreaming-Prinzip zur Verwirklichung von Geschlechtergerechtigkeit in allen politischen Bereichen konsequent angewandt wird. Wir befürworten daher auch eine starke institutionelle Verankerung auf allen politischen Ebenen durch Frauenministerien, Frauenausschüsse und Gleichstellungsbeauftragte in Regierungen, Parlamenten, Verwaltungen etc. als durchsetzungsfähige Kontroll- und Umsetzungsinstanzen. Darüber hinaus wollen wir betriebliche Gleichstellungspolitik und informelle Frauennetzwerke unterstützen.

- Durch den Ausbau solcher Netzwerke und Mentoring-Angebote, durch Fortentwicklung der Angebote zur Verbreiterung des Berufswahlspektrums von Frauen und nicht zuletzt durch die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf wollen wir für mehr Gleichberechtigung in unserer Gesellschaft sorgen.
- Es ist unser Ziel, die Frauenerwerbsquote entsprechend den europäischen Vorgaben auf über 60 Prozent zu steigern und auch die unterdurchschnittliche Rate von selbständigen Frauen auf europäischen Durchschnitt anzuheben. Ferner werden wir das Ziel weiter verfolgen, das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit“ entsprechend einer europäischen Verpflichtung zu verwirklichen.
- Wir wollen, dass Frauen die gleichen Karrierechancen und den gleichberechtigten Zugang zu Führungspositionen in der Wirtschaft, in der Wissenschaft und in der Forschung erhalten. Wenn dies auf freiwilliger Basis nicht umgesetzt wird, werden wir verbindliche Regelungen schaffen.

- Die betriebliche Weiterbildung für Frauen muss tariflich abgesichert und ausgebaut werden. Die Weiterbildung arbeitsloser Frauen oder Männer – auch solcher, die als Lebenspartnerin / Lebenspartner kein Arbeitslosengeld beziehen – soll gleichermaßen gefördert werden.
- Auch bei der Ausgestaltung von Arbeitslosengeld II ist der Grundsatz der Geschlechtergerechtigkeit zu beachten. Hierzu sind die Beauftragten für Chancengleichheit der Bundesagentur für Arbeit und die kommunalen Frauenbeauftragten in die Entscheidungsprozesse bei den Arbeitsgemeinschaften (Argen) mit einzubeziehen.
- Die einzelnen Förderinstrumente müssen Frauen, vor allem auch Langzeitarbeitslosen und NichtleistungsempfängerInnen, mindestens entsprechend ihrem Anteil an der Arbeitslosigkeit zugute kommen.
- Für Nichtleistungsempfänger/innen wollen wir den Krankenversicherungs- und Pflegeversicherungsschutz gewährleisten.
- Alle Arbeitsmarkt- und Arbeitslosendaten sind geschlechtsspezifisch zu erstellen, damit die jeweils geschlechterbezogenen Auswirkungen festgestellt und ausgewertet werden können.
- Wir werden sicherstellen, dass das vom Bund geförderte Gender-Kompetenz-Zentrum als anwendungsorientierte Forschungseinrichtung an der Humboldt-Universität in Berlin gestärkt wird. Ferner unterstützen wir nachdrücklich die Einrichtung eines europäischen Genderinstituts.
- Wir werden den Aktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen fortschreiben und wirksame Maßnahmen gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution ergreifen.
- Eine SPD-geführte Bundesregierung wird erstmals einen „Bericht zur Gleichstellung von Frauen und Männern“ vorlegen und in einer nachfolgenden Regierungserklärung Fortschritte aufzeigen, die verbliebenen Defizite offen legen und die sich daraus ergebenden Konsequenzen darlegen.
- Wir wollen ein Deutschland ohne Diskriminierung. Das Antidiskriminierungsgesetz hilft, dieses Ziel zu erreichen. Dazu wird eine Gleichstellungsstelle eingerichtet, die personell und materiell so ausgestattet werden wird, dass sie ihre Aufgaben erfüllen kann.

13. Wir wollen, dass Deutschland familienfreundlicher wird

Wir wollen, dass junge Menschen sich ihre Kinderwünsche erfüllen können. Kinder sind Zukunft, Kinder haben macht Freude. Mütter und Väter wollen partnerschaftlich zusammenleben und sich familiäre und berufliche Pflichten teilen. Unsere Gesellschaft braucht für ihren Zusammenhalt, auch für mehr Wachstum und Wohlstand, starke Familien mit mehr Kindern.

Gute Kinderbetreuung, Zeit für Kinder und Familie, effiziente Geldleistungen für Familienpolitik, Unterstützung der Kinderwünsche der Mehrheit junger Menschen – das ist unsere Familienpolitik.

- Wir bauen Quantität und Qualität der Tagesbetreuung aus, wie wir es mit der Tagesbetreuung für die unter 3-Jährigen begonnen haben. Der Ausbau hin zum Rechtsanspruch ab dem 2. Lebensjahr hat Priorität und soll bis 2010 erreicht werden. Wir wollen gemeinsam mit Ländern und Gemeinden schrittweise die Gebührenfreiheit für Kitas umsetzen.
- Wir werden das bisherige Erziehungsgeld in ein für ein Jahr gezahltes Elterngeld mit Einkommensersatzfunktion umwandeln. Wir stellen dadurch sicher, dass Familien ihren Lebensstandard, auch wenn sie ihre Berufstätigkeit unterbrechen, halten können. Die Gleichstellung der Frau wird so gefördert. Väter haben dadurch bessere Möglichkeiten Elternzeit in Anspruch zu nehmen. Durch bessere Betreuungsmöglichkeiten für unter 3-Jährige und Elterngeld vermeiden wir insbesondere bei Alleinerziehenden Kinder- und Familienarmut und sichern allen Eltern eine ununterbrochene Erwerbsbiographie. Wir halten an der 3-jährigen Elternzeit mit Arbeitsplatzgarantie und Teilzeitanspruch fest.
- Die Herkunft eines Kindes darf nicht länger über seine Bildungschancen entscheiden. Wir treten deshalb für die Einrichtung von Eltern-Kind-Zentren ein – um Eltern bei ihrer Erziehungsaufgabe zu helfen und Kinder früh zu fördern. Alle Kinder müssen mit ausreichenden deutschen Sprachkenntnissen die Schule besuchen.
- Ziel bleibt es, Leistungen für Familien in einer Familienkasse zu bündeln. Wir wollen Familien helfen, Armutsrisiken zu vermeiden, insbesondere den Geringverdienenden und Alleinerziehenden. Der Kinderzuschlag soll fortentwickelt werden.
- Die erfolgreiche Allianz für die Familie mit den flächendeckend entstehenden Lokalen Bündnissen ist vorbildlich in der Art der Zusammenarbeit, in ihrer Zielsetzung und ihren Maßnahmen. Frauen- und familienfreundliche Arbeitsbedingungen, der Ausbau betriebsnaher Kinderbetreuung, ein guter Wiedereinstieg nach der Elternzeit und entsprechende Betriebsvereinbarungen stehen auf der Agenda der Allianz. Eine Weiterführung ist in aller Interesse.

14. Wir wollen ein Land der Kultur sein

Kultur stärkt die Kreativität und die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft, sie mobilisiert Phantasie und unabhängiges Denken. Sie ist immer international, grenzüberschreitend und dialogisch. Die Kunst und die Künstlerinnen und Künstler sind geistige Kraftquellen einer Gesellschaft. Sie brauchen Freiheit, aber auch Schutz und Förderung.

- Wir wollen die Kultur als Staatsziel im Grundgesetz verankern.
- Die kulturelle Bildung ist in allen Schulformen zu fördern.
- Kulturgüter sind Träger von Identität und Wertvorstellungen, aber auch wichtiger Wirtschaftsfaktor. Mit der Förderung des Denkmalschutzes sichern wir nicht nur das bauliche Erbe unseres Landes, sondern schaffen und sichern Arbeitsplätze, ganz besonders in Ostdeutschland.
- Mit dem Filmförderungsgesetz hat die Regierung von Bundeskanzler Gerhard Schröder die Produktionsbedingungen für den deutschen Film erheblich verbessert. Wir wollen den deutschen Film mit neuem Risikokapital zusätzlich fördern. Denn mit der für 2006 geplanten Erweiterung des European Film Market wird die Berlinale eine der wichtigsten Drehscheiben des internationalen Filmhandels.
- Medien in einem pluralistischen System und der kompetente Umgang mit ihnen sind ein unverzichtbarer Bestandteil einer freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft. Die Wahrung der Vielfalt ihrer Inhalte und Perspektiven in allen Verbreitungswegen bilden dafür eine Grundlage: die Zukunftsfähigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist uns wichtig.
- Durch eine neue Balance von öffentlichem und privatem Engagement konnte die Vielfalt des Kulturlebens in Deutschland erhalten und weiterentwickelt werden. Wir werden diese Art von zivilgesellschaftlichem Engagement weiter fördern, damit sich kulturelle Initiativen entwickeln können.
- Alle Kulturpolitik handelt auch vom Erinnern. Für uns ist klar: Es kann keinen Schlussstrich geben. Wir werden unser Engagement in der Erinnerungspolitik weiter verstärken und die Gedenkstätten zu den NS-Verbrechen auf Dauer sichern.
- Die Aufarbeitung der SED-Diktatur ist nicht nur für jene Deutschen, die nach 1945 in der DDR lebten, von großem Interesse und gesamtstaatlichen Interesse. Bund und Länder sollen in diesem Sinne zusammenarbeiten.
- Kulturelle und mediale Vielfalt ist ein wertvolles Gut, das es auf europäischer und internationaler Ebene zu verteidigen gilt.

Es geht darum, Deutschlands Verpflichtung als europäisch verwurzelte Kulturnation in Zukunft überall gerecht zu werden.

15. Wir wollen alle integrieren, die legal und dauerhaft in Deutschland leben

Deutschland ist seit Jahrzehnten ein Einwanderungsland. Wir haben diesem Umstand endlich Rechnung getragen. Den von uns begonnenen Weg der Steuerung, Begrenzung und Integration von Zuwanderung wollen wir konsequent fortführen. Wir sind gegen die Existenz von Parallelgesellschaften. Ziel ist die Einbürgerung der Menschen, die Deutschland legal zu ihrem Lebensmittelpunkt gemacht haben.

- Ohne fundierte Kenntnisse der deutschen Sprache, ist eine erfolgreiche Teilnahme am Unterricht nicht möglich. Beginnend mit Sprachförderung im frühen Kindesalter im Rahmen der Kinderbetreuung bis zu berufsvorbereitenden Maßnahmen zum Ende der Schulzeit, wie sie derzeit von einigen Stiftungen in Deutschland durchgeführt werden, werden wir feste Grundlagen für die Bildung von Kindern und Jugendlichen ausländischer Herkunft und für den Einstieg in ihr Berufsleben legen.
- Wir wollen Kindern und Jugendlichen ausländischer Herkunft eine adäquate Zukunftsperspektive in Deutschland geben und ihnen den Übergang ins Berufsleben ermöglichen.
- Wir setzen uns dafür ein, dass verstärkt islamischer Religionsunterricht von in Deutschland ausgebildeten oder anerkannten Lehrerinnen und Lehrern unter Aufsicht der Schulbehörden in deutscher Sprache angeboten wird.
- Beim Integrationsprozess von Frauen ausländischer Herkunft stehen ihre gleichberechtigte Teilhabe am politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben, die Vermittlung der deutschen Sprache für den Einstieg in Bildung und Beruf im Vordergrund. Deswegen werden wir unsere erfolgreich begonnenen Maßnahmen zur Integration ausländischer Frauen weiter verstärken und ihre gesellschaftliche und berufliche Integration voranbringen. Ihre Integration ins Arbeitsleben wird eine weitere tragende Säule unserer Integrationspolitik sein. Die Gleichberechtigung von Frauen wird als wichtiger thematischer Schwerpunkt in die Maßnahmen zum interreligiösen Dialog aufgenommen.
- Wir dulden keine Zwangsheirat. Damit diese Tatsache stärker in das Bewusstsein der betroffenen Gruppen rückt, werden wir die Zwangsheirat explizit als Straftatbestand in das Strafgesetzbuch aufnehmen.

16. Kampf dem Rechtsextremismus

Rechtsextremismus ist eine Herausforderung deutscher Demokratie – widerlich, aber nicht zu unterschätzen. Die SPD wird bei Prävention und Bekämpfung von Rechtsextremismus nicht nachlassen.

- Im Mittelpunkt steht dabei die Stärkung demokratischer und zivilgesellschaftlicher Kräfte. Die SPD wird Projekte und Initiativen, die sich gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus engagieren, nicht im Stich lassen, sondern weiterhin unterstützen. Die Bundesregierung stellt 2005 dafür 19 Millionen € zur Verfügung.
- Wir werden weiterhin konsequent gegen rechtsextreme Straf- und Gewalttäter vorgehen. Repressive Maßnahmen können und werden die politische Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus nicht ersetzen, unterstreichen aber, dass die wehrhafte Demokratie dem Missbrauch der Freiheit durch die Feinde der Freiheit entschieden entgegentritt.

- Für Gewalt, rechtsextremes Gedankengut sowie Intoleranz und Missachtung gegenüber Minderheiten ist in Deutschland kein Platz!
- Der Rechtsextremismus in Deutschland lebt von einer Verherrlichung des Nationalsozialismus und der Leugnung seiner Gräueltaten. Wir müssen die jungen Menschen über diese Zusammenhänge aufklären. Dazu ist die Verstärkung der politischen Bildung in allen Schulen, Weiterbildungseinrichtungen und Hochschulen notwendig. Die Zerschlagung der politischen Bildung durch die CDU in den Ländern muss gestoppt werden.

17. Wir wollen, dass sich die Menschen in Deutschland sicher fühlen

Sicherheit und Schutz vor Verbrechen und Willkür ist für uns ein grundlegendes Bürgerrecht. Wir wollen Sicherheit für alle – nicht nur für die, die sich einen privaten Sicherheitsdienst leisten können.

- Hierfür werden wir bis zum Jahr 2010 die jugendspezifische Kriminalität (wie Rohheitsdelikte, rechtsradikale Gewalt, Graffitidelikte, Drogen- und Alkoholmissbrauch) durch gesetzliche Maßnahmen im Bereich der Prävention, Strafverfolgung und Justiz bekämpfen.
- Gerade im Bereich der Jugendkriminalität ist Prävention unverzichtbar. Wir setzen auf eine konsequente Anti-Gewalt-Politik in den Medien und Schulen, die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und ein Jugendstrafrecht, das kriminelle Karrieren früh unterbricht.
- Wir werden weiter für eine wirkungsvolle Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen eintreten, für eine konsequente Täterbestrafung sorgen und einen bundesweiten Notruf für Frauen einrichten, die von Gewalt betroffen sind.
- Die Steuerungs- und Koordinierungskompetenz des Bundes für die Bewältigung von Großkatastrophen und Terrorismusbekämpfung wollen wir stärken.
- Wir wollen die technische Ausstattung der Sicherheitsbehörden durch die Einführung des weltweit größten Digitalfunksystems ausbauen.
- Wir werden im Bereich der neuen Kriminalität (z.B. im Bereich Internet, E-Commerce, Geldwäsche, Kreditkartenbetrug wirkungsvolle Bekämpfungsinstrumente entwickeln.
- Wir wollen die Kriminalitätsbekämpfung europaweit vorantreiben und insbesondere den Datenaustausch von Polizei und Justiz in Europa verbessern.
- Innere Sicherheit endet nicht an unseren Grenzen. Die terroristischen Verbrechen vom 11. September 2001 vergessen wir nicht – sie sind auch eine Mahnung, solchen Gefahren entschlossen zu begegnen. Gemeinsam mit unseren Freunden werden wir auch in Zukunft auf diese Dimensionen des

internationalen Terrorismus mit entsprechenden Gesetzen schnell und wirkungsvoll reagieren, möglichst präventiv, wo nötig repressiv.

18. Land des Sports

Deutschland ist ein attraktives Sportland und ein attraktiver Sportstandort. Die Welt ist während der Fußballweltmeisterschaft 2006 bei uns zu Gast.

- Wir werden die Rahmenbedingungen für diejenigen, die sich ehrenamtlich in Sportvereinen und –verbänden engagieren, weiter kontinuierlich verbessern. Sport lebt vom Ehrenamt. Deshalb ist die Übungsleiterpauschale, die durch uns erhöht wurde, ein wichtiger Bestandteil ehrenamtlicher Tätigkeit.
- Wir werden die Neuorganisation des deutschen Spitzensports (DSB/NOK) nach Kräften unterstützen, ohne die Autonomie des Sports anzutasten.
- Wir sind für einen sauberen und fairen Sport mit gleichen Chancen für alle Athletinnen und Athleten. Wir forcieren weiterhin die Bekämpfung des Dopings und werden über eine gesetzliche Regelung nachdenken.
- Wir setzen uns für die Gleichrangigkeit von Behinderten- und Nichtbehindertensport ein. Deshalb unterstützen wir insbesondere die Förderung des Behindertenleistungssports.

19. Wir wollen Anerkennung und Sicherheit im Alter

Eine Gesellschaft, die älter wird, ist auch eine Gesellschaft mit neuen Chancen. Dass Menschen heute länger leben, ist ein großer gesellschaftlicher Fortschritt und entspricht einer tiefen menschlichen Sehnsucht. Voraussetzungen waren eine humanisierte Arbeitswelt, die Entwicklung der modernen Medizin und ein gestiegener Wohlstand. Unser Ziel ist, dass alle Menschen auch in hohem Alter Anerkennung finden, aktiver Teil unserer Gesellschaft sind und in materieller Sicherheit leben können.

Deutschland muss den reichen Erfahrungsschatz der älteren Menschen nutzen, im Berufsleben und im bürgerschaftlichen Engagement. Die ältere Generation ist ein Aktivposten des Ehrenamts und der familiären und gesellschaftlichen Netzwerke und damit unverzichtbares soziales Kapital unserer Gesellschaft.

- Städte- und Wohnungsbau müssen sich zunehmend an den Bedürfnissen älterer Menschen ausrichten. Die Entwicklung altersgerechter Produkte und Dienstleistungen ist ein wichtiger Zukunftsmarkt.

Die gesetzliche Rentenversicherung ist und bleibt die wichtigste Säule der Altersversicherung.

- Wenn die Wirtschaft wächst, Einkommen und Beschäftigung steigen, werden auch in Zukunft die Rentnerinnen und Rentner daran teilhaben. Die Vorschläge aus CDU/CSU, die gezahlten Renten zu kürzen, lehnen wir ab.
- Wir wollen die betriebliche und private Altersvorsorge weiter stärken, um eine bessere Versorgung im Alter zu erreichen. Neben der im Umlageverfahren finanzierten Rente fördern wir deshalb weiterhin den Aufbau einer zusätzlichen kapitalgedeckten Altersvorsorge.
- Wir wollen, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht schon mit 55 Jahren oder ähnlich früh aus dem Erwerbsleben ausscheiden müssen, sondern länger am Arbeitsprozess teilnehmen können. Unser Ziel ist, das faktische Renteneintrittsalter an das gesetzliche Eintrittsalter von 65 Jahren heranzuführen.
- Wir wollen die Finanzierung der sozialen und der privaten Pflegeversicherung verbinden. Die Pflegeversicherung wird zu einer Pflege-Bürgerversicherung ausgebaut. Alle Bürgerinnen und Bürger sollen sich angemessen und gerecht an der Finanzierung der Pflegeversicherung beteiligen. Niemand wird privilegiert, niemand ausgegrenzt. Die seit Einführung der Pflegeversicherung unveränderten Leistungssätze wollen wir unter Beachtung der Preisentwicklung anpassen und die Leistungen in der ambulanten Pflege und insbesondere für Demenzkranke verbessern. Pflege in Familien, professionelle Pflege und ehrenamtliches Engagement sollen sich wirksam ergänzen.

20. Wir wollen ein leistungsfähiges, solidarisches und bezahlbares Gesundheitswesen

Unser Gesundheitswesen ist gut, auch im internationalen Vergleich. Jeder erhält notwendige medizinische Leistungen auf der Höhe des medizinischen Fortschritts. Das Gesundheitswesen ist auch unsere größte Branche, in ihr finden über 4 Mio. Menschen sinnvolle Beschäftigung. Das soll auch so bleiben.

Leistungsfähige, solidarisch finanzierte Sicherungssysteme sind das Rückgrat unseres Sozialstaats. Wer den Grundgedanken der Solidarität aufgibt, gefährdet Wohlstand und gesellschaftlichen Frieden. Solidarität heißt: Wer Hilfe braucht, der bekommt sie. Aber Solidarität heißt auch: Rücksicht nehmen auf die, die die Hilfe finanzieren und damit garantieren.

Mit der Gesundheitsreform haben wir die gesetzliche Krankenversicherung zukunftsfähig gemacht. Jetzt gilt es, die langfristige Finanzierung unseres Gesundheitswesens zu sichern.

Der medizinische Fortschritt und der veränderte Altersaufbau der Gesellschaft erfordern nicht weniger, sondern mehr Solidarität, aus der sich niemand ab einer bestimmten Einkommensgrenze verabschieden darf.

- Wir werden die Krankenversicherung zu einer Bürgerversicherung weiterentwickeln, in der gesetzliche und private Krankenversicherung nebeneinander Bestand haben.

Dabei gilt:

- Jeder muss versichert sein. Auch Gutverdienende, Beamte, Selbständige und Politiker werden in die solidarische Krankenversicherung einbezogen.
- Jede Kasse muss jeden und jede ohne Ansehen des Risikos versichern. Niemand wird ausgegrenzt. Auch kranke und behinderte Menschen können wählen. Es bleibt beim heutigen gesetzlichen Leistungskatalog.
- Jeder zahlt entsprechend seiner Leistungsfähigkeit. Die Beiträge zur Bürgerversicherung richten sich wie bisher nach dem Einkommen – bei Löhnen, Gehältern und Renten. Die Beitragsbemessungsgrenze bleibt bestehen. Zukünftig werden auch Kapitalerträge zur Finanzierung herangezogen. Freibeträge schonen Durchschnittersparnisse. Mieten und Pachten bleiben beitragsfrei.
- Die beitragsfreie Familienversicherung bleibt erhalten. In der Bürgerversicherung sind im bisherigen Umfang Familienmitglieder ohne Einkommen mitversichert.
- Das Nebeneinander von gesetzlichen und privaten Krankenversicherungen wird in einen Wettbewerb um die beste Versorgung umgewandelt.

Die Bürgerversicherung macht unser Gesundheitssystem gerechter. Sie ist eine Entscheidung für die Stärkung des Zusammenhalts in der Gesellschaft. Gesunde sorgen für Kranke, Junge für Alte, Alleinstehende für Familien, Gutverdienende für die, die weniger haben.

Mit der Einrichtung der Stelle des Patientenbeauftragten erhöhen wir das Gewicht von Patientinnen und Patienten im politischen Entscheidungsprozess und stärken deren Rechte.

21. Wir wollen gerechte Steuern

Wir haben seit 1998 mit unserem historisch einmaligen Steuersenkungsprogramm für mehr Gerechtigkeit gesorgt. Hiervon haben insbesondere private Haushalte mit geringen bis mittleren Einkommen sowie Familien profitiert. Die untersten 20% der Einkommen sind von der Steuer befreit. Eingangs- und Spitzensteuersatz bei der Einkommensteuer sind historisch niedrig. Weitere Steuersatzsenkungen sind daher weder erforderlich noch finanzierbar. Richtschnur für weitere Reformschritte in der Steuerpolitik ist die Aufkommensneutralität und Gerechtigkeit.

- Wir wollen an dem bewährten Einkommensteuersystem festhalten: Es gilt der Grundsatz der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit.

Weder der Stufentarif von CDU/CSU noch die einheitliche Kopfsteuer (flat tax) der FDP entsprechen dem Grundsatz eines sozial gerechten Steuersystems. Beides wollen wir nicht.

- Durch eine rechtsform- und finanzierungsneutrale Unternehmenssteuer sollen die Betriebe künftig einheitlich besteuert werden.
- Die Gewerbesteuer als wichtige Haupteinnahmequelle der Kommunen ist auf unsere Initiative hin zu einer verlässlichen und stetigen Finanzierungsquelle geworden. Wir wollen die Gewerbesteuer als kommunale Steuer erhalten.
- Wir wollen, dass hohe Individualeinkommen - ab einem Jahreseinkommen von 250.000 Euro (Ledige) bzw. 500.000 (Verheiratete) - stärker zur Finanzierung von notwendigen staatlichen Aufgaben - vor allem für Bildung und Forschung - herangezogen werden und dafür eine 3 % erhöhte Einkommensteuer bezahlen. Betriebe werden davon nicht betroffen, weil die betriebliche Sphäre durch die Unternehmensteuerreform von der privaten getrennt wird.
- Die private Erbschaftssteuer und das hiermit zusammenhängende Bewertungssystem werden wir sozial gerecht und verfassungsfest umgestalten. Das gilt insbesondere für große Erbschaften.
- Wir streben eine effektivere Anwendung des Steuerrechts durch Vereinfachung an. Steuerliche Subventionstatbestände müssen weiter abgebaut werden. Wir werden auch die Bekämpfung der Steuerhinterziehung fortführen. Im Ergebnis werden wir damit noch mehr Steuergerechtigkeit verwirklichen.
- Wir unterstützen Bemühungen, praktikable Formen einfacher Steuererklärungen zu ermöglichen. Nordrhein-Westfalen hat dafür gute Beispiele entwickelt.
- An der Steuerfreiheit von Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeitszuschlägen halten wir fest.
- Und wir wollen den zum Teil ruinösen europäischen Standortwettbewerb über Steuern begrenzen, der die finanzielle Leistungsfähigkeit der öffentlichen Haushalte gefährdet. Deswegen streben wir eine Harmonisierung der Bemessungsgrundlagen und Mindeststeuersätze für Unternehmensgewinne auf Ebene der EU an.

22. Solide Finanzen

Die nachhaltige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte bleibt eine der zentralen Aufgaben der nächsten Wahlperiode. Wir brauchen einen handlungsfähigen Staat mit entsprechender Finanzausstattung, um die notwendigen Aufgaben für die Bürgerinnen und Bürger und die Unternehmen erfüllen zu können. Auf der Ausgabenseite haben wir einen konsequenten

Konsolidierungskurs verfolgt. Die Staatsquote ist mit 46,9 % auf den niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung gesunken.

Wir haben mittlerweile aber auch eine der niedrigsten Steuerquoten in der gesamten Europäischen Union, weil CDU/CSU und FDP im Bundesrat den Abbau von Steuervergünstigungen seit 3 Jahren blockieren und sich einer verantwortungsvollen Finanzpolitik verweigern. Deshalb ist die Haushaltslage bei Bund und Ländern jetzt dramatisch: Privatisierungen müssen in großem Umfang zur Finanzierung laufender Ausgaben eingesetzt werden, mehr als die Hälfte der Bundesländer hat verfassungswidrige Haushalte: Das ist die Folge des unverantwortlichen Verhaltens von CDU/CSU und FDP im Bundesrat. Die Steuerquote muss angesichts der notwendigen Zukunftsinvestitionen und der absehbaren demographischen Entwicklung wieder auf ein vernünftiges Maß ansteigen. Der konsequente steuerliche Subventionsabbau ist deshalb unabdingbar, um die Einnahmeseite des Staates zu sichern. Wir müssen die Verschuldung und die Zinslasten der öffentlichen Haushalte in Deutschland bremsen und nachhaltig zurückführen. Das geht nicht schnell und es erfordert das konstruktive Zusammenwirken von Bund und Ländern:

- Wir werden einen neuen Anlauf zum Abbau von Steuervergünstigungen unternehmen.
- Eine Anhebung der Mehrwertsteuer würde angesichts der derzeit schwachen Binnennachfrage in die falsche Richtung weisen und die sich abzeichnende wirtschaftliche Erholung gefährden.

Die Neuverschuldung des Bundes ist in den vergangenen Jahren mit durchschnittlich 21 Mrd. €/Jahr deutlich geringer gestiegen als in der Zeit der Kohl-Regierung mit über 35 Mrd. €/Jahr. Aber wir geben uns damit nicht zufrieden und halten fest am Kurs sparsamen Haushaltens.

- Die Konsolidierung der Staatsfinanzen muss konjunkturgerecht umgesetzt werden und darf nicht das Wachstum gefährden. Wir werden bei einem noch nicht gesicherten kräftigen Aufschwung auch weiterhin keine zusätzlichen Sparrunden durchführen.
- Nicht zuletzt deshalb haben wir den Stabilitäts- und Wachstumspakt im Hinblick auf seine konjunktur- und wachstumsgerechte Anwendung modernisiert. Ziel des Paktes bleibt es, einen ausgeglichenen Haushalt möglichst schnell zu erreichen. Hierdurch wird das Wirkenlassen der automatischen Stabilisatoren in konjunkturellen Schwächephasen ermöglicht, ohne dass es direkt zu einer Überschreitung des zulässigen 3%-Defizit-Zieles kommt.

Wir wollen eine gerechte internationale Finanzarchitektur schaffen.

- Wir werden deshalb den Kampf gegen Steuerhinterziehung international vorantreiben.
- Wir werden für Transparenz und Regulierung der Offshore-Finanzzentren sorgen.

- Um Fehlentwicklungen vorzubeugen, werden wir uns deshalb auf europäischer und internationaler Ebene für einheitliche Mindeststandards bei Hedge-Fonds einsetzen.
- Des Weiteren wollen wir die Transparenz der Eigentümerstrukturen von börsennotierten Unternehmen verbessern.
- Wir werden daher zusätzliche Meldeschwellen beim Erwerb wesentlicher Beteiligungen einführen.

23. Wir wollen ein bürgernahes, soziales und starkes Europa

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind für ein bürgernahes, soziales und starkes Europa.

Freiheit und Gerechtigkeit, Solidarität und Gleichstellung von Frauen und Männern, das soll in ganz Europa gelten.

Bundeskanzler Gerhard Schröder hat diese Idee von Europa zur klaren Richtschnur deutscher Europapolitik gemacht. Diesen Weg unterstützen wir nachdrücklich.

- Wir wollen eine Europäische Union, die entscheidungsfähig und zugleich politisch führbar ist, deren Zuständigkeiten klar beschrieben und so auch begrenzt sind. Und deren demokratischer Charakter gestärkt ist. Der Europäische Verfassungsvertrag ermöglicht dies. Die Vereinbarung einer gemeinsamen, in Menschenrechten gründenden, demokratisch legitimierten Grundlage für die zukünftige Arbeit in Europa bleibt aktuell und für uns ein Ziel.
- Grundlage hierfür ist eine erfolgreiche Strategie für mehr Wachstum und Beschäftigung, an deren Umsetzung sich Deutschland aktiv beteiligen wird.
- Wir wollen das europäische Gesellschafts- und Sozialmodell erhalten und festigen. Es geht um die Teilhabe des Einzelnen am Haben und Sagen in einer Gesellschaft und am gemeinsam erarbeiteten Wohlstand. Und es geht um die gestaltende Rolle des Sozialstaates und den freien Zugang zu öffentlichen Gütern. Grundlage hierfür ist eine erfolgreiche Strategie für mehr Wachstum, Beschäftigung und sozialen Zusammenhalt. Notwendig sind abgestimmte wirtschafts- und beschäftigungspolitische Initiativen, insbesondere in der Eurozone.
- Wir wollen ein Europa, auf das man sich verlassen kann. Die EU-Erweiterungspolitik war im Kern immer Friedenspolitik. Europa wird nur dann eine Region des Friedens und der Stabilität bleiben, wenn alle Verträge und Zusagen in Sachen Erweiterung eingehalten werden. Wer unsere Partner in Europa verunsichert und Verträge in Frage stellt, denen die 25 Mitgliedstaaten einstimmig zugestimmt haben, stellt ein Friedensrisiko für Europa dar. Einem Wortbruch gegenüber Bulgarien und Rumänien, deren Beitrittsverträge sich bereits im Ratifizierungsprozess befinden, und

gegenüber der Türkei, mit der nach Erfüllung der Voraussetzungen am 3. Oktober 2005 die langjährigen Beitrittsverhandlungen beginnen sollen, treten wir entschieden entgegen.

- Europa muss seine Handlungsfähigkeit in Sachen Frieden und Sicherheit weiter ausbauen. Für uns ist die gemeinsame europäische Strategie "Ein sicheres Europa in einer besseren Welt" mit ihrer Verpflichtung zur Konfliktprävention und zum Einsatz für eine gerechtere Weltordnung als Friedensvoraussetzung eine verbindliche Richtschnur bei allen internationalen Aktivitäten der Europäischen Union.

24. Wir wollen ein selbstbewusstes und friedliches Deutschland, das seine globale Verantwortung wahrnimmt

Deutschland ist ein hoch respektierter Partner in der internationalen Politik und bei der gerechten Gestaltung der Globalisierung. Unser Rat und unsere Hilfe werden gesucht. Bundeskanzler Gerhard Schröder hat das Ansehen und das Gewicht Deutschlands in der Welt gemehrt.

- Wir verfolgen eine Politik des Friedens, der gerechten Weltordnung und der rechtzeitigen Konfliktvermeidung. Unser Land sehen wir als starke Friedensmacht in Europa, das weltweit Verantwortung übernimmt.
- Wir haben gelernt, dass Sicherheit nicht allein aus militärischer Stärke erwächst. Wir werden unsere Fähigkeiten zur vorausschauenden Friedenspolitik, zur Konfliktprävention, Krisenbewältigung und Friedenskonsolidierung weiter ausbauen. Dazu gehören auch die Ausweitung des Zivilen Friedensdienstes und die weitere Förderung der Friedens- und Konfliktforschung in Deutschland. Unsere Sicherheitspolitik umfasst auch diplomatische Vermittlung, die Stärkung rechtsstaatlicher Prinzipien sowie ökologische, soziale und entwicklungspolitische Ansätze. Wir fördern das wechselseitige Verständnis zwischen den Kulturen sowie ihr Miteinander und treten den Fürsprechern eines „Kampfs der Kulturen“ entschieden entgegen.
- Wir unterstützen das Prinzip des Multilateralismus. Wir kämpfen für die Geltung des Völkerrechts und wollen handlungsfähige Weltorganisationen. Deshalb wollen wir die Vereinten Nationen als die wichtigste Weltorganisation durch Reformen stärker machen. Deutschland ist bereit, international noch mehr Verantwortung zu übernehmen, auch im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen.
- Wir übernehmen, Seite an Seite mit unseren Partnern in der NATO und in der Europäischen Union, militärische Verantwortung dort, wo das zur Sicherung des Friedens und zum Schutz der Menschen unumgänglich ist. Und wir sagen dort Nein, wo wir nicht vom Einsatz militärischer Mittel überzeugt sind. Auch das ist Ausdruck und Folge außenpolitischen Selbstbewusstseins.
- Den erfolgreich eingeleiteten Transformationsprozess der Bundeswehr mit der konsequenten Ausrichtung an den Aufgaben der internationalen

Krisenbewältigung werden wir fortsetzen. Die Leistungen der Bundeswehr, deren Personalumfang bei gleichzeitiger Steigerung der Investitionen in ihre Modernisierung reduziert wurde, finden weltweite Anerkennung. Wir bleiben bei dem bewährten Prinzip der klaren Trennung zwischen den Aufgaben der Streitkräfte und der Polizei für die äußere und für die innere Sicherheit.

- Eine besondere und zunehmende Gefahr für Frieden und Stabilität erwächst aus der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen. Wir wollen die Instrumente zur Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung weiter stärken.
- Für uns ist Entwicklungszusammenarbeit ein unverzichtbarer Teil unserer Friedens- und Sicherheitspolitik. Die deutsche Stimme in der internationalen Entwicklungspolitik hat deutlich an Einfluss und Gewicht gewonnen. Damit dies erfolgreich fortgesetzt werden kann, brauchen wir weiterhin ein eigenständiges Ministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.
- Wir bekennen uns zu unserer Verantwortung in der einen Welt und zur Umsetzung der Millenniumsziele. Wir werden unseren Beitrag für die Entwicklungszusammenarbeit von 2006 bis 2010 auf 0,51% und bis 2015 auf 0,7% des Bruttonationalprodukts erhöhen. Zur Finanzierung gehören dabei: wachsende Haushaltsmittel, die Fortsetzung der Entschuldung der ärmsten Entwicklungsländer und innovative Finanzierungsinstrumente.
- Wir werden in den kommenden Jahren die Entschuldung der ärmsten Entwicklungsländer weiter vorantreiben und uns im Rahmen der Welthandelsorganisation für gerechte Welthandelsbeziehungen einsetzen, einschließlich der Beendigung der Agrarexportsübsventionen.
- Wir wollen das Bündnis mit den Nichtregierungsorganisationen und Kirchen zur positiven Gestaltung der Globalisierung weiterentwickeln.
- Wir bringen die weltweite Energiepartnerschaft für nachhaltige Entwicklung im Sinne der Renewables-Konferenz von Bonn 2004 mit Erneuerbaren Energien voran. Dies mindert auch die weltweite Abhängigkeit vom Öl.
- Der weltweite Einsatz für Menschenrechte ist zentraler Bestandteil unserer Politik. Menschenrechtspolitik ist fundamentale Friedens- und Stabilitätspolitik, da sie die Schaffung von Stabilität und Wohlstand befördert und Krisen und Kriege vermeiden hilft. Damit dient sie zugleich den eigenen Interessen unseres Landes.

Die Wahl

Wir sind sicher:

Unser Ziel ist richtig -
Soziale Demokratie: Arbeit, Sicherheit, Menschlichkeit.

Und wir sind auf dem richtigen Weg –
wir erneuern Deutschland Schritt für Schritt
und wir halten das Land zusammen.

Sozialer Fortschritt ist möglich.

Wir wissen:

Gerhard Schröder
ist der richtige Bundeskanzler
für diese schwierige Aufgabe.

Wir haben Vertrauen in Deutschland.